[illegible] Beilage der [illegible] Volksstimme [illegible] Einzelnummer 180 Mk.

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrdg. 3600 M. In Pommerellen 7000 M poln. Anzeigen: Die 8-gespaltene Zeile 400 M, auswärts 600 M. Die Reklamezeile 1600 M, auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Nr. 71 — Sonnabend, den 24. März 1923 — 14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6. Postscheckkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Die deutsch-völkische Mord- und Umsturzverschwörung.

Im preußischen Abgeordnetenhaus gab die Ankündigung der sozialdemokratischen Interpellation und der Rede Severings über die aufgedeckten Verschwörungspläne der Deutschvölkischen der gestrigen Sitzung das äußere Gepräge der großen parlamentarischen Tage. Die Emporen für das Publikum waren überfüllt. In einer kurzen klaren Rede schilderte zunächst Genosse Hauschild die seit dem Ruhreinmarsch immer gefährlicher gewordene Entwicklung der rechtsradikalen Selbstschutzbewegung und forderte aus inner- und außenpolitischen Gründen die preußische Regierung auf, diesem unheilvollen Treiben rücksichtslos entgegenzutreten.

Als der Minister des Innern Genosse Severing ans Rednerpult trat, war die Spannung aufs äußerste gestiegen, doch sorgte der Redner selbst dafür, daß sensationelle Erwartungen gedämpft wurden, indem er auf die polizeitechnischen und außenpolitischen Gründe hinwies, die ihn einstweilen noch zu einer gewissen Zurückhaltung veranlassen würden. Was er jedoch bekanntgab, die verschiedenen Tatsachen, die er mitteilte, die Dokumente und Briefe, die er verlas, genügten vollständig, um die Größe der Gefahr zu kennzeichnen, die dem Reich und der Republik von den volksverräterischen „Völkischen" in allen Teilen Deutschlands drohte, als die ihm unterstellten Organe rechtzeitig dreinfuhren. Es ergibt sich daraus insbesondere und unwiderlegbar, daß die norddeutschen Völkischen nicht nur in engster Fühlung mit den bayerischen Nationalsozialisten stehen, sondern daß sie sich sogar ihnen bereits organisatorisch untergeordnet hatten, um der Republik den Garaus zu machen. Aus einem Brief an Roßbach geht hervor, daß die Frage der Oberbefehlshaberschaft Hitlers beim kommenden Putsch schon geregelt war, daß die Ehrhardt-Leute auch im Spiele waren, und daß — selbstverständlich — Ludendorff sich vollkommen im Bilde befand.

Soweit die Reichswehr in Frage kommt, über deren Haltung schon bei der jüngsten Reichstagsdebatte laute und berechtigte Sorgen aufgetaucht waren, so steht zumindest das eine fest: zahlreiche Reichswehroffiziere stehen mit den Roßbachschen Organisationen in engster Verbindung, und am vorigen Sonntag waren nicht nur aus Potsdam, sondern aus allen Teilen des Reiches Reichswehroffiziere zu einer geheimen Versammlung nach Wannsee gekommen, die bekanntlich von der Polizei aufgehoben wurde. Bei dieser Gelegenheit hatte Roßbach an die Reichswehroffiziere appelliert, einem kommenden Putsche gegenüber zumindest wohlwollende Neutralität zu wahren. Inwieweit die oberen und Zentralstellen der Reichswehr in die Angelegenheit verwickelt sind, geht aus den Mitteilungen Severings nicht hervor.

Minister Severing führte u. a. aus:

Es ist zu hoffen, daß die heutige Aussprache das ersehnte Ziel unterstützen werde, die Ruhrkämpfer davon zu überzeugen daß die Vernünftigen im Lande unentwegt hinter ihnen stehen und wie ein Mann sich gegen diejenigen wenden wollen, die durch ihre Maßnahmen und Handlungen das Abwehrwerk an der Ruhr gefährden. Er gehe gegen alle Ruhestörer im Staate vor, ganz gleich, welchen Mantel sie sich umhingen. Wenn gesagt werde, daß die Selbstschutzorganisationen so weiter wirkten wie bisher und ihnen wie bisher Arbeiterbataillone entgegengestellt würden, dann hätten wir zwar heute noch nicht den Bürgerkrieg, aber es ließe sich mathematisch berechnen, wann es losgehen würde. Er habe das Gefühl, daß man von diesem Termin nicht mehr weit entfernt sei. Im vorigen Jahre mußte festgestellt werden, daß nach dem Rathenaumord trotz aller Auflösungen Organisationen und Verbände weiter bestanden, die sich militärische und polizeiliche Befugnisse anmaßten. Da mußte scharf durchgegriffen werden, und es sei auch erreicht worden, daß das mystische Dunkel über gewissen Selbstschutzorganisationen gelüftet wurde. Von der preußischen Regierung würden Selbstschutzorganisationen jeglicher Art verboten; sie würden aufgelöst, und es werde dafür gesorgt, daß die einzelnen Schuldigen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die Arbeiterorganisationen seien bei weitem nicht so gefährlich wie die Organisationen von rechts. Zahlreiche der nach dem Rathenaumorde aufgelösten Formationen beständen tatsächlich fort. Ihr Zweck sei wirtschaftlicher und politischer Terror.

Daß es sich bei dem Roßbachputsch um die Beseitigung der sozialistischen Minister drehe, gehe aus den Briefen Roßbachs selbst hervor. Die Organisation Roßbach habe in der letzten Woche versucht, alle sogenannten nationalen Verbände in örtliche Kartelle zusammenzuschließen. Erfreulicherweise müsse festgestellt werden, daß die Reichswehrkommandos in der Provinz und die Reichswehrzentrale es strikt abgelehnt haben, mit Roßbach in irgendeine Verbindung zu treten. Aber nicht ganz so widerstandsfähig hätten sich einige Offiziere erwiesen. Am letzten Sonnabend seien in Potsdam Offiziere nicht nur aus Potsdam, sondern aus dem ganzen Reiche bei einer Besprechung zugegen gewesen, der Roßbach präsidierte. Der Reichswehrminister sei mit ihm der Ueberzeugung, daß für solche Offiziere in der Reichswehr kein Platz mehr sei. Seit einigen Wochen bestehe die innigste organisatorische Gemeinschaft zwischen Henning, Wulle, Gräfe und Roßbach einerseits und Hitler und Ludendorff andererseits. Die Verhandlungen Ludendorffs mit der Ehrhardtorganisation seien gescheitert. Roßbach habe den am letzten Sonnabend versammelten Reichswehroffizieren erklärt, der preußische Minister des Innern habe die Absicht, am 31. März alle Selbstschutzorganisationen aufzulösen, das werde sich die deutschvölkische Freiheitspartei nicht gefallen lassen. Es werde ein Putsch kommen, bei dem sich dann die Reichswehr nicht neutral verhalten könne. Auf die militärische und kriminelle Seite der Angelegenheit gehe er nicht ein. Das Material gehe heute noch an den Oberreichsanwalt.

Im Laufe der Debatte ergriff Severing wiederum das Wort und teilte mit, daß die Prüfung des Materials schon heute zum Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei geführt habe. Der Nationalverband und alle neu entstandenen Verbände würden überwacht. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stünden in Deutschland 100 000 Mann Reichswehr und im besten Falle 150 000 Mann Polizei zur Verfügung. Die Befürchtungen der Entente und die Hoffnungen einiger rechtsgerichteter Kreise, daß man mit den Waffenbeständen außerhalb der Reichswehr und Polizei den besten aktiven Widerstand leisten könne, seien völlig grundlos. Doch stehe zu befürchten, daß den 250 000 Mann eine fast gleich starke Organisation aus dem einen und dem andern Lager gegenübergestellt werden könnte. Daraus könne für den Staat eine große Gefahr entstehen, wenn den Ideen der Selbstschutzorganisationen auch nur die geringsten Zugeständnisse gemacht würden, und da könne es unter keinen Umständen Nachsicht geben. Mit aller Schärfe und ohne Rücksicht auf die politische Richtung werde daher vorgegangen werden.

Für die Sozialdemokratie erklärte Gen. Heilmann, daß sie den Selbstschutz von rechts und von links ablehne und gab nur einen Fall zu, durch den auch die Sozialdemokratie zum Selbstschutz schreiten müßte, wenn nämlich die Staatsgewalt zu schwach sei, um die Arbeiterschaft vor dem Terror der Rechtradikalen zu schützen, wie es jetzt in Bayern der Fall sei. Die Sitzung schloß in großer Erregung, nachdem der Sprecher der Deutschen Volkspartei Dr. v. Campe noch die Zustimmung seiner Fraktion mit den Ausführungen des Ministers in den Hauptpunkten erklärt und bedauert hatte, daß solche Auseinandersetzungen jetzt in einem Zeitpunkte geführt werden müßten, wo sie im Auslande den Eindruck von der politischen Einheitsfront zerstören könnten. Damit wurde die Besprechung der Interpellation geschlossen.

Verbot der deutsch-völkischen Freiheitspartei.

Auf Grund des belastenden Materials hat Minister Severing die im vorigen Jahre gegründete Deutschvölkische Freiheitspartei verboten. Die Auflösung wird damit begründet, daß die Partei nur für eine verbotene Fortsetzung der für Preußen am 15. November vorigen Jahres verbotenen Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei angesehen werden könne. Das Ziel der Freiheitspartei sei nach Erklärung des Parteivorsitzenden v. Graefe auf die Beseitigung des Parlamentarismus gerichtet. Die Partei habe im geheimen umfangreiche Vorbereitungen zu einem nationalistischen Putsch getroffen.

In einem Erlaß des preußischen Innenministers zur Bekämpfung der Selbstschutzorganisationen heißt es: Während auf der einen Seite die Anhänger rechtsradikaler Organisationen Stoßtrupps bilden und nach organisatorischer militärischer Ausbildung derselben streben, bilden auf der andern Seite linksradikale Kreise Arbeiterbataillone und Hundertschaften und lassen diese in manchen Gegenden sogar polizeilichen Straßendienst versehen. Diese Zustände stellen eine schwere Beeinträchtigung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung dar. Der preußische Minister des Innern macht es allen beteiligten Dienststellen zur Pflicht, ohne jede Rücksicht auf die politische Richtung ungesäumt und mit aller Entschiedenheit einzuschreiten.

Die politische Lage in Frankreich.

Tumultszenen in der französischen Kammer.

Die französische Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung die Aussprache über zwei provisorische Budgetzwölftel für die Monate April und Mai begonnen. Nach Beginn der Beratung beantragte der sozialistische Abgeordnete Bracke die Vertagung der Beratung, bis der Finanzausschuß seinen Bericht über die Kredite für die Ruhrbesetzung gegeben habe. Der Vorsitzende des Finanzausschusses stellte den Bericht über die Ruhrkredite für Dienstag abend in Aussicht. Der kommunistische Abgeordnete Berthon wollte wissen, ob vor den Osterferien die Ruhrfrage besprochen werde. Poincaré antwortete: Die Regierung sei vollkommen bereit, sich vor der Kammer über die Ruhrbesetzung auszusprechen. Wenn er keine größere Eile gezeigt habe, so sei es deshalb, weil er befürchte, es könnten unvorsichtige Worte gesprochen werden.

Es entstand hierauf ein ungeheurer Tumult, da der kommunistische Abgeordnete Berthon erklärte, Poincaré sei der Gefangene des Führers der französischen Monarchisten Daudet, und es sei die Frage aufzuwerfen, welche Erpressung er gegen den Ministerpräsidenten verübe. Der Ministerpräsident, der verstanden haben wollte, Berthon habe von Akten gesprochen, die Daudet besitze und die er gegen Poincaré gebrauchen könne, nannte den kommunistischen Abgeordneten einen „verabscheuungswürdigen Lumpen". Es entstand ein großer Lärm. Berthon erklärte, er habe nicht von Akten gesprochen; er habe nur daran erinnern wollen, daß Poincaré die Diktatur der Rechten ertrage.

Poincaré verlangte, daß die Aeußerung Berthons zu dessen Schande im Sitzungsprotokoll vermerkt werde. (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte, Lärm in der äußersten Linken.) Berthon wiederholte, er habe in der Tat um Aufklärung darüber gebeten, wie der einseitige Einfluß des Royalisten Daudet auf Poincaré zu erklären sei. (Stürmische Unterbrechung.) Daudet verbat sich, als Erpresser bezeichnet zu werden und nannten Berthon einen Erpresser, Agenten Deutschlands und Rußlands. Berthon wiederholte, daß Daudet als Erpresser bekannt sei. Er wurde zur Ordnung gerufen, erklärte erneut, er verstehe nicht, daß Daudet eine solche [illegible] über Poincaré ausüben könne. (Lärm rechts und Bewegung.) Er erinnerte Poincaré an die vor Familienfragen nicht zurückschreckende Campagne, die bei der Präsidentenwahl gegen ihn unternommen worden sei und fragte, ob Daudet nicht mit Manövern gleicher Art drohe. Poincaré: Sie sind ein widerlicher Lump, Monsieur! (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte, Zurufe von der äußersten Linken. Lärm.) Der frühere Unterstaatssekretär Albert Favre forderte den Präsidenten auf, Poincaré zur Ordnung zu rufen. (Lärm.) Poincaré erklärte, er wolle seine Aeußerung begründen. Berthon, Sie haben gewagt zu behaupten, daß die Dokumente für mich und meine Familie belastend seien, und daß ich die Erörterung dieser Dokumente fürchte. Berthon, Sie haben gelogen. (Stürmischer Beifall, viele Deputierte erheben sich applaudierend.) Berthon: Das habe ich nicht gesagt. (Lärm.) [illegible] allgemeinen Tumult mußte die Sitzung geschlossen und vertagt werden.

Im Laufe der Sitzung erklärte der Kriegsminister Maginot, daß die Regierung genötigt sei, die Truppenstärke im Ruhrgebiet demnächst um 20 000 Mann zu erhöhen.

Die Ruhr und die Parteien.

In der von Dr. R. Kuczynski herausgegebenen „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz" wird ein Artikel des Pariser Universitätsprofessors Emile Kahn veröffentlicht, der in sehr instruktiver Weise die Stellung der verschiedenen politischen Parteien Frankreichs zur Ruhrfrage beleuchtet. Der Verfasser, der als hervorragender Mitarbeiter der unabhängigen radikalen Zeitung „Ere Nouvelle" bekannt ist, teilt die verschiedenen Gruppen in der französischen Kammer in fünf Parteien. Es sind dies: die Royalisten und Nationalisten, der Nationale Block, die Radikalen, die Sozialisten, die Kommunisten. Die Haltung der royalistisch-nationalistischen Minderheit ist politisch nicht sehr bedeutungsvoll, wenn auch ihr Geschrei mitunter den Eindruck erweckt, als ob ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs hinter ihr stehe. Wichtiger ist die Haltung des Nationalen Blocks, über den Professor Kahn schreibt:

„Er verfügt über die Mehrheit in der Kammer; er hält die Regierung in Abhängigkeit, sie kann ohne seine Unterstützung nicht bestehen; er trägt also die Verantwortung für die Regierungspolitik. Nun ist er im Jahre 1919 auf ein Programm gewählt worden, das die gesamte Zahlung der Reparationen und der Pensionen durch Deutschland enthielt. Diese Bezahlung erwartete er von der strengen Durchführung des Versailler Vertrages: Zahlung in Goldmark für die von der Reparationskommission festgelegten Summen; bei Nichterfüllung Anwendung von Zwangsmaßnahmen. Nun hat Deutschland nicht oder nur spottwenig gezahlt; Ermäßigungen und Erleichterungen sind ihm [illegible] worden, und es hat sie benutzt, um noch weniger zu zahlen.

Der ursprüngliche Zweck der Besetzung war, nach der Meinung der Mehrheit wie der Regierung, ein rein wirtschaftlicher. Es ist dem Nationalen Block nicht entgangen, daß die Besetzung der Ruhr, die er für Frankreich vorteilhaft glaubte, gleichfalls für die französischen Geschäftsmänner einträglich sein könnte und daß insbesondere die lothringischen Hüttenbesitzer dabei Gelegenheit finden würden, entweder ihre deutschen Konkurrenten zu ruinieren oder mit ihnen den kontinentalen Eisentrust zu bilden und jedenfalls sich den für ihre Hochöfen unentbehrlichen Koks zu sichern. Die Ruhr erschien ihm mithin als ein gutes Geschäft, als „ein produktives Pfand".

Der Nationale Block erwartete, ebenso wie die Regierung, von diesen Maßnahmen eine schnelle Kapitulation der Deutschen. Der Widerstand, die Ermunterung zum Streik der Beamten, der Eisenbahner und der Bergleute haben seine Auffassung von der Besetzung umgestaltet. Die Repressalien der deutschen Regierung, die Einstellung aller Zahlungen und aller Lieferungen, die Hindernisse, die der Entwaffnungskontrolle bereitet wurden, erschienen ihm als eine generelle Kündigung des Versailler Vertrages und damit als ein lange verheimlichter und endlich eingestandener Plan zur Vorbereitung eines Revanchekrieges. Von da ab hat er in der Ruhrbesetzung weniger ein Mittel zur Erlangung von Reparationen, als vielmehr eine unentbehrliche Vorsichtsmaßregel für die Sicherheit Frankreichs gesehen. Diese [illegible]

Mühlenprodukte ◇ Futtermittel

Spedition
Transitlager · Verzollungen

2685

Neufahrwasser

Schulstraße 9 Telefon 2002

Nowak & Co. G. m. b. H. Danzig

Fernruf Nr. 273 (Alter Rufnummernkreis)
Telefon 6820 ∴ Telegr.-Adr.: Agrarnowak

Saaten-Großhandlung

Spezialitäten: Serradella, Lupinen und Hülsenfrüchte

2703

Danziger Gemüse- u. Obst-Konserven- u. Marmeladen-Fabrik G. m. b. H., Danzig, Weidengasse 35-38

liefert Konserven und Marmeladen DAGOMA von den billigsten bis feinsten Qualitäten

2624

S. ANKER * DANZIG

Telefon: 33, 385, 393 ▪ Gegründet 1871 ▪ Telegr.-Adr.: Kleieanker

Getreide, Mehl, Reis, Saaten, Futtermittel, Kolonialwaren ▪ Eigene große Lagerhäuser in Danzig u. Neufahrwasser

622/26

IMPORT

Getreide, Mehl, Tee, Kaffee, Reis Düngemittel usw.

Generalvertreter erster Auslandsfirmen

Czekanski & Fawlowski

Danzig Tel.-Adr.: Stern Warenhaus
Langgasse 3 Telefon 6211 u. 6212 Neuer Stand 46

Export aus Polen
Kartoffelstärke = Zucker = Mehl = Saaten usw.

2690

J. Pulvermacher, Danzig

KONTOR: KARRENWALL 3—4
Telefon 781, Lager 2170, Privat 482

Sägewerk: Neustadt
Lager: Broschkischer Weg 4

2695

DANZIGER GROSSHANDELSHAUSER

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! Ohne Gewähr!

(A)

Danziger Vorortverkehr

(Danzig—Langfuhr—Zoppot.)

Danzig Hbl.—Zoppot. 1²⁸, 2¹², 4²⁸ W, 5⁰² W, 5⁵⁸, 5⁵⁸ W, 6³⁰, 6³⁰ W, 6⁴⁰ W, 6⁵⁵, 7⁸⁰ W, 7⁴⁸ W, 8⁰⁰, 8²⁵ W, 9⁰⁵, 9³⁵, 9³⁵ W, 10⁰⁰, 10⁴⁰ W, 11⁰⁰, 12⁰⁵ W, 12¹⁵, 12⁴³ W, 12⁵⁰ W, 1⁰⁰, 1²³ W, 1³⁰, 2⁰⁵ W, 2³⁰, 2⁴⁵, 3⁰⁵ W, 3¹⁵, 3⁵⁰ W, 3⁴⁵, 4⁰⁵ W, 4²⁰, 4⁴⁰, 5⁰⁰ W, 5³⁵, 5⁴⁰ W, 6⁰⁸, 6²⁰ W, 6³³, 7³⁵ W, 7²⁸, 7³⁰, 8⁰⁶, 8²⁵ W, 9¹³, 9²⁹, 10²⁰, 10⁵⁵, 11⁵².

Langfuhr—Danzig Hbl. 1¹², 2⁰³, 4⁰³, 5¹² W, 5³⁰ W, 6⁰⁵, 6²⁰ W, 7¹³, 7²³ W, 7³³ W, 7⁴³, 8¹⁰ W, 8¹⁰ W, 8⁴⁰, 9²⁰ W, 9⁴⁰, 9⁴⁵, 10²⁰ W, 10⁵⁵, 11¹⁵ W, 11⁵⁰, 12¹⁰ W, 1⁰⁰ W, 1¹¹, 1³⁸ W, 1⁴⁸ W, 2⁰⁰, 2¹⁵, 2⁴⁰ W, 2⁵⁰, 3⁰⁰, 3²⁰ W, 3⁵⁰, 4¹⁰ W, 4³⁰, 4⁴³ W, 5⁰⁰, 5²³ W, 5⁵⁵, 6⁰² W, 6¹³, 6⁴⁵ W, 6⁵⁵, 7²⁸ W, 7³⁰, 8²⁵, 9²⁰ W, 10⁰⁰, 10⁵⁵, 11²³, 12⁰⁰.

Oliva—Danzig Hbl. 1⁰⁵, 2⁰⁵, 4⁰⁵, 5²⁵ W, 5³⁵ W, 6¹⁵, 6³¹ W, 7⁰⁶, 7³⁵ W, 7³⁶, 8¹¹ W, 8⁰⁰, 8³⁰ W, 9²⁵, 9⁰³, 10¹⁵ W, 10⁴³, 11³¹ W, 11⁴⁵, 1⁰⁴, 1³² W, 1⁵⁶, 2¹¹, 2⁴⁵, 3¹⁵, 3³¹, 4¹¹ W, 4⁴⁶, 5⁰⁵, 5³², 6⁰⁵, 6⁴⁵, 7³⁸, 7³³, 8¹³, 8⁴⁵, 9²⁵ W, 9⁵³, 10⁰³, 11⁰⁵, 11⁵⁵.

Zoppot—Danzig Hbl. 1⁰⁵, 2⁰⁵, 4⁰⁵, 5²⁹ W, 5⁴⁵ W, 6³⁵, 6³⁵ W, 7⁰⁰, 7²⁰ W, 7³⁰, 8⁰⁰ W, 8³⁰, 8⁵⁰ W, 9²⁵, 9⁴³, 10²⁵ W, 10⁵⁵, 11⁰⁵ W, 11⁴⁰, 12⁵⁴, 1⁵⁰ W, 1³⁰, 2⁰⁵, 2⁴⁵, 3¹⁰, 3⁴⁵, 4⁰⁵ W, 4³⁰, 4³⁰, 5³³, 6⁵⁰, 6⁵⁵, 7³³, 7³⁵, 8⁵⁵, 8⁵⁵, 9³³ W, 9⁵⁵, 10⁵⁵, 10⁵⁵, 11⁵⁵, 11⁵⁵. W bedeutet: Werktags

---

Buchdruckerei

Telefon 3290 **J. Gehl & Co.** Am Spendhaus 6

Anfertigung von Drucksachen für
Handel und Industrie

2724

Holz Union G. m. b. H.

Langgasse Nr. 73

Telefon Nr. 6840 :: Telegr.-Adr.: Holzunion

sind laufend Käufer von
Eisenbahnschwellen, Telegraphenstangen und Waldbeständen.

2674

Aug. Wolff & Co.

Danzig u. Neufahrwasser
Schiffsmakler

❀

Spedition, Lohnspedition, Assekuranz

2686

Sieg & Co. G. m. b. H.

Tel.-Adr.: Siegco Danzig · Telefon 3061, 5347

◇

Kohlen- und Koks-Import

— Reederei —

Schlepp- und Leichterbetrieb :: Bunkerkohlen :: Frischwasserlieferung an Seedampfer ::

2725

Worms & Cie., Danzig

Langermarkt Nr. 17
Tel. 1050, 3826, 3844

Reederei :: Schiffsmaklerei
Spedition

Frachtdampferlinie Danzig—Belgien—Frankreich
Passagierdienst Danzig—Le Havre—New York

2692

„ELIBOR"

Handels- und Industrie-Aktiengesellschaft

Ł. J. BORKOWSKI
DANZIG, Kohlenmarkt Nr. 7
Telefon 2295

Eisen, Stahl, Kohle, Zement
und Vertretung für Ford-Automobile

2755

Bergenske Baltic Transports Ltd.

Hauptagentur für DANZIG
Fernsprecher: 1879, 1741, 3389, 5485, 6093, 6094, 6317

Filialbüros in: Libau, Windau, Riga, Reval, Petrograd, Warschau, Lodz

Telegramm-Adresse für alle Häuser: „Bergenske"

Reederei — Befrachtung — Spedition — Transportversicherung. — Große modern eingerichtete eigene Speicheranlagen u. Lagerplätze für Holz, Stück- u. Massengüter. Gleis- u. Wasseranschluß

DRIMEX Handelsgesellschaft m. b. H.

Textilwaren
Glaswaren
Lebensmittel

Danzig, Langermarkt Nr. 14. (Eingang Berholdsche Gasse)

Telephon Nr. 6306. Telegramm-Adresse: Drimex.

2693

Carl Niclas & Co.

Mühlenfabrikate — Hülsenfrüchte — Kolonialwaren

Hopfengasse Nr. 22. — Telephon Nr. 3143 und 1982.

Mix & Lück, Danzig

Gegründet 1901 Inhaber: Konrad Lück Gegründet 1901

Fisch-Großhandlung

Fisch-Räucherei und Konserven-Fabrik

SPEZIALITÄT: POLNISCHE KLEESAATEN, WICKEN, LUPINEN, PELUSCHKEN

NACHFRAGEN ERBETEN

„SATIVA" Schwedisch-Danziger Saathandels A.-G.

DANZIG

Telegramme: „SATIVA"
Briefadresse: DANZIG
TELEPHON: 5302, 6083

Eigenes Lagerhaus mit Luft- u. Wasserverschiff Umfang 12

— Moderne Saaten-Reinigungs-Anlage —

119, Hundegasse

Wir sind ständig Käufer von Rotklee, Gelbklee, Weißklee, Grünklee sowie Wicken und Hülsenfrüchten

ANGEBOTE ERBETEN

Einzelnummer 180 Mk.

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Bezugspreis: Durch die Post u. Austräg. 3500 M. In Pommerellen 7000 M poln. Anzeigen: Die 8-gespaltene Zeile 400 M, auswärts 600 M. Die Reklamezeile 1600 M, auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6
Postscheckkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Nr. 71 — Sonnabend, den 24. März 1923 — 14. Jahrg.

Die deutsch-völkische Mord- und Umsturzverschwörung.

Im preußischen Abgeordnetenhaus gab die Ankündigung der sozialdemokratischen Interpellation und der Rede Severings über die aufgedeckten Verschwörungspläne der Deutschvölkischen der gestrigen Sitzung das äußere Gepräge der großen parlamentarischen Tage. Die Emporen für das Publikum waren überfüllt. In einer kurzen klaren Rede schilderte zunächst Genosse Hauschild die seit dem Ruhreinmarsch immer gefährlicher gewordene Entwicklung der rechtsradikalen Selbstschutzbewegung und forderte aus inner- und außenpolitischen Gründen die preußische Regierung auf, diesem unheilvollen Treiben rücksichtslos entgegenzutreten.

Als der Minister des Innern Genosse Severing ans Rednerpult trat, war die Spannung aufs äußerste gestiegen, doch sorgte der Redner selbst dafür, daß sensationelle Erwartungen gedämpft wurden, indem er auf die polizeitechnischen und außenpolitischen Gründe hinwies, die ihn einstweilen noch zu einer gewissen Zurückhaltung veranlassen würden. Was er jedoch bekanntgab, die verschiedenen Tatsachen, die er mitteilte, die Dokumente und Briefe, die er verlas, genügten vollständig, um die Größe der Gefahr zu kennzeichnen, die dem Reich und der Republik von den volksverräterischen „Völkischen" in allen Teilen Deutschlands drohte, als die ihm unterstellten Organe rechtzeitig dreinfuhren. Es ergibt sich daraus insbesondere und unwiderlegbar, daß die norddeutschen Völkischen nicht nur in engster Fühlung mit den bayerischen Nationalsozialisten stehen, sondern daß sie sich sogar ihnen bereits organisatorisch untergeordnet hatten, um der Republik den Garaus zu machen. Aus einem Brief an Roßbach geht hervor, daß die Frage der Oberbefehlshaberschaft Hitlers beim kommenden Putsch schon geregelt war, daß die Ehrhardt-Leute auch im Spiele waren, und daß — selbstverständlich — Ludendorff sich vollkommen im Bilde befand.

Soweit die Reichswehr in Frage kommt, über deren Haltung schon bei der jüngsten Reichstagsdebatte laute und berechtigte Sorgen aufgetaucht waren, so steht zumindest das eine fest: zahlreiche Reichswehroffiziere stehen mit den Roßbachschen Organisationen in engster Verbindung, und am vorigen Sonntag waren nicht nur aus Potsdam, sondern aus allen Teilen des Reiches Reichswehroffiziere zu einer geheimen Versammlung nach Wannsee gekommen, die bekanntlich von der Polizei aufgehoben wurde. Bei dieser Gelegenheit hatte Roßbach an die Reichswehroffiziere appelliert, einem kommenden Putsche gegenüber zumindest wohlwollende Neutralität zu wahren. Inwieweit die oberen und Zentralstellen der Reichswehr in die Angelegenheit verwickelt sind, geht aus den Mitteilungen Severings nicht hervor.

Minister Severing führte u. a. aus:

Es ist zu hoffen, daß die heutige Aussprache das erstrebte Ziel unterstützen werde, die Ruhrkämpfer davon zu überzeugen daß die Vernünftigen im Lande unentwegt hinter ihnen stehen und wie ein Mann sich gegen diejenigen wenden wollen, die durch ihre Maßnahmen und Handlungen das Abwehrwerk an der Ruhr gefährden. Er gehe gegen alle Ruhestörer im Staate vor, ganz gleich, welchen Mantel sie sich umbingen. Wenn gesagt werde, daß die Selbstschutzorganisationen so weiter wirkten wie bisher und ihnen wie bisher Arbeiterbataillone entgegengestellt würden, dann hätten wir zwar heute noch nicht den Bürgerkrieg, aber es ließe sich mathematisch berechnen, wann es losgehen würde. Er habe das Gefühl, daß man von diesem Termin nicht mehr weit entfernt sei. Im vorigen Jahre mußte festgestellt werden, daß nach dem Rathenaumord trotz aller Auflösungen Organisationen und Verbände weiter bestanden, die sich militärische und polizeiliche Befugnisse anmaßten. Da mußte scharf durchgegriffen werden, und es sei auch erreicht worden, daß das mystische Dunkel über gewissen Selbstschutzorganisationen gelüftet wurde. Von der preußischen Regierung würden Selbstschutzorganisationen jeglicher Art verboten; sie würden aufgelöst, und es werde dafür gesorgt, daß die einzelnen Schuldigen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die Arbeiterorganisationen seien bei weitem nicht so gefährlich wie die Organisationen von rechts. Zahlreiche der nach dem Rathenaumorde aufgelösten Formationen bestünden tatsächlich fort. Ihr Zweck sei wirtschaftlicher und politischer Terror.

Daß es sich bei dem Roßbachputsch um die Beseitigung der sozialistischen Minister drehe, gehe aus den Briefen Roßbachs selbst hervor. Die Organisation Roßbach habe in der letzten Woche versucht, alle sogenannten nationalen Verbände in örtliche Kartelle zusammenzuschließen. Erfreulicherweise müsse festgestellt werden, daß die Reichswehrkommandos in der Provinz und die Reichswehrzentrale es strikt abgelehnt haben, mit Roßbach in irgendeine Verbindung zu treten. Aber nicht ganz so widerstandsfähig hätten sich einige Offiziere erwiesen. Am letzten Sonnabend seien in Potsdam Offiziere nicht nur aus Potsdam, sondern aus dem ganzen Reiche bei einer Besprechung zugegen gewesen, der Roßbach präsidierte. Der Reichswehrminister sei mit ihm der Ueberzeugung, daß für solche Offiziere in der Reichswehr kein Platz mehr sei. Seit einigen Wochen bestehe die innigste organisatorische Gemeinschaft zwischen Henning, Wulle, Gräfe und Roßbach einerseits und Hitler und Ludendorff andererseits. Die Verhandlungen Ludendorffs mit der Ehrhardtorganisation seien gescheitert. Roßbach habe den am letzten Sonnabend versammelten Reichswehroffizieren erklärt, der preußische Minister des Innern habe die Absicht, am 31. März alle Selbstschutzorganisationen aufzulösen, das werde sich die deutschvölkische Freiheitspartei nicht gefallen lassen. Es werde ein Putsch kommen, bei dem sich dann die Reichswehr nicht neutral verhalten könne. Auf die militärische und kriminelle Seite der Angelegenheit gehe er nicht ein. Das Material gehe heute noch an den Oberreichsanwalt.

Im Laufe der Debatte ergriff Severing wiederum das Wort und teilte mit, daß die Prüfung des Materials schon heute zum Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei geführt habe. Der Nationalverband und alle neu entstandenen Verbände würden überwacht. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stünden in Deutschland 100 000 Mann Reichswehr und im besten Falle 150 000 Mann Polizei zur Verfügung. Die Befürchtungen der Entente und die Hoffnungen einiger rechtsgerichteter Kreise, daß man mit den Waffenbeständen außerhalb der Reichswehr und Polizei den besten aktiven Widerstand leisten könne, seien völlig grundlos. Doch stehe zu befürchten, daß den 250 000 Mann eine fast gleich starke Organisation aus dem einen und dem andern Lager gegenübergestellt werden könnte. Daraus könne für den Staat eine große Gefahr entstehen, wenn den Ideen der Selbstschutzorganisationen auch nur die geringsten Zugeständnisse gemacht würden, und da könne es unter keinen Umständen Nachsicht geben. Mit aller Schärfe und ohne Rücksicht auf die politische Richtung werde daher vorgegangen werden.

Für die Sozialdemokratie erklärte Gen. Heilmann, daß sie den Selbstschutz von rechts und von links ablehne und gab nur einen Fall zu, durch den auch die Sozialdemokratie zum Selbstschutz schreiten müßte, wenn nämlich die Staatsgewalt zu schwach sei, um die Arbeiterschaft vor dem Terror der Rechtsradikalen zu schützen, wie es jetzt in Bayern der Fall sei. Die Sitzung schloß in großer Erregung, nachdem der Sprecher der Deutschen Volkspartei Dr. v. Campe noch die Zustimmung seiner Fraktion mit den Ausführungen des Ministers in den Hauptpunkten erklärt und bedauert hatte, daß solche Auseinandersetzungen jetzt in einem Zeitpunkte geführt werden müßten, wo sie im Auslande den Eindruck von der politischen Einheitsfront zerstören könnten. Damit wurde die Besprechung der Interpellation geschlossen.

Verbot der deutsch-völkischen Freiheitspartei.

Auf Grund des belastenden Materials hat Minister Severing die im vorigen Jahre gegründete Deutschvölkische Freiheitspartei verboten. Die Auflösung wird damit begründet, daß die Partei nur für eine verbotene Fortsetzung der für Preußen am 15. November vorigen Jahres verbotenen Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei angesehen werden könne. Das Ziel der Freiheitspartei sei nach Erklärung des Parteivorsitzenden v. Graefe auf die Beseitigung des Parlamentarismus gerichtet. Die Partei habe im geheimen umfangreiche Vorbereitungen zu einem nationalistischen Putsch getroffen.

In einem Erlaß des preußischen Innenministers zur Bekämpfung der Selbstschutzorganisationen heißt es: Während auf der einen Seite die Anhänger rechtsradikaler Organisationen Stoßtrupps bilden und nach organisatorischer militärischer Ausbildung derselben streben, bilden auf der andern Seite linksradikale Kreise Arbeiterbataillone und Hundertschaften und lassen diese in manchen Gegenden sogar polizeilichen Straßendienst versehen. Diese Zustände stellen eine schwere Beeinträchtigung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung dar. Der preußische Minister des Innern macht es allen beteiligten Dienststellen zur Pflicht, ohne jede Rücksicht auf die politische Richtung ungesäumt und mit aller Entschiedenheit einzuschreiten.

Die politische Lage in Frankreich.

Tumultszenen in der französischen Kammer.

Die französische Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung die Aussprache über zwei provisorische Budgetzwölftel für die Monate April und Mai begonnen. Nach Beginn der Beratung beantragte der sozialistische Abgeordnete Bracke die Vertagung der Beratung, bis der Finanzausschuß seinen Bericht über die Kredite für die Ruhrbesetzung gegeben habe. Der Vorsitzende des Finanzausschusses stellte den Bericht über die Ruhrkredite für Dienstag abend in Aussicht. Der kommunistische Abgeordnete Berthon wollte wissen, ob vor den Osterferien die Ruhrfrage besprochen werde. Poincaré antwortete: Die Regierung sei vollkommen bereit, sich vor der Kammer über die Ruhrbesetzung auszusprechen. Wenn er keine größere Eile gezeigt habe, so sei es deshalb, weil er befürchte, es könnten unvorsichtige Worte gesprochen werden.

Es entstand hierauf ein ungeheurer Tumult, da der kommunistische Abgeordnete Berthon erklärte, Poincaré sei der Gefangene des Führers der französischen Monarchisten Daudet, und es sei die Frage aufzuwerfen, welche Erpressung er gegen den Ministerpräsidenten verübe. Der Ministerpräsident, der verstanden haben wollte, Berthon habe von Akten gesprochen, die Daudet besitze und die er gegen Poincaré gebrauchen könne, nannte den kommunistischen Abgeordneten einen „verabscheuungswürdigen Lumpen". Es entstand ein großer Lärm. Berthon erklärte, er habe nicht von Akten gesprochen; er habe nur daran erinnern wollen, daß Poincaré die Diktatur der Rechten ertrage.

Poincaré verlangte, daß die Aeußerung Berthons zu dessen Schande im Sitzungsprotokoll vermerkt werde. (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte, Lärm in der äußersten Linken.) Berthon wiederholte, er habe in der Tat um Aufklärung darüber gebeten, wie der einseitige Einfluß des Royalisten Daudet auf Poincaré zu erklären sei. (Stürmische Unterbrechung.) Daudet verbat sich, als Erpresser bezeichnet zu werden und nannten Berthon einen Erpresser, Agenten Deutschlands und Moskaus. Berthon wiederholte, daß Daudet als Erpresser bekannt sei. Er wurde zur Ordnung gerufen, erklärte erneut, er verstehe nicht, daß Daudet eine wahre Diktatur über Poincaré ausüben könne. (Lärm rechts und Bewegung.) Er erinnerte Poincaré an die vor Familienkreisen nicht zurückschreckende Campagne, die bei der Präsidentenwahl gegen ihn unternommen worden sei und fragte, ob Daudet nicht mit Manövern gleicher Art drohe. Poincaré: Sie sind ein widerlicher Lump, Monsieur! (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte. Proteste von der äußersten Linken. Lärm.) Der frühere Unterstaatssekretär Albert Favre forderte den Präsidenten auf, Poincaré zur Ordnung zu rufen. (Lärm.) Poincaré erklärte, er wolle seine Aeußerung begründen. Berthon, Sie haben gewagt zu behaupten, daß die Dokumente für mich und meine Familie belastend seien, und daß ich die Entfernung dieser Dokumente fürchte. Berthon, Sie haben gelogen. (Stürmischer Beifall, viele Deputierte erheben sich applaudierend.) Berthon: [illegible] allgemeinen Tumult mußte die Sitzung geschlossen und vertagt werden.

Im Laufe der Sitzung erklärte der Kriegsminister Maginot, daß die Regierung genötigt sei, die Truppenstärke im Ruhrgebiet demnächst um 20 000 Mann zu erhöhen.

Die Ruhr und die Parteien.

In der von Dr. R. Kuczynski herausgegebenen „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz" wird ein Artikel des Pariser Universitätsprofessors Emile Kahn veröffentlicht, der in sehr instruktiver Weise die Stellung der verschiedenen politischen Parteien Frankreichs zur Ruhrfrage beleuchtet. Der Verfasser, der als hervorragender Mitarbeiter der unabhängigen radikalen Zeitung „Ere Nouvelle" bekannt ist, teilt die verschiedenen Gruppen in der französischen Kammer in fünf Parteien. Es sind dies: die Royalisten und Nationalisten, der Nationale Block, die Radikalen, die Sozialisten, die Kommunisten. Die Haltung der royalistisch-nationalistischen Minderheit ist politisch nicht sehr bedeutungsvoll, wenn auch ihr Geschrei mitunter den Eindruck erweckt, als ob ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs hinter ihr stehe. Wichtiger ist die Haltung des Nationalen Blocks, über den Professor Kahn schreibt:

„Er verfügt über die Mehrheit in der Kammer; er hält die Regierung in Abhängigkeit, sie kann ohne seine Unterstützung nicht bestehen; er trägt also die Verantwortung für die Regierungspolitik. Nun ist er im Jahre 1919 auf ein Programm gewählt worden, das die gesamte Zahlung der Reparationen und der Pensionen durch Deutschland enthielt. Diese Bezahlung erwartete er von der strengen Durchführung des Versailler Vertrages: Zahlung in Goldmark für die von der Reparationskommission festgesetzten Summen; bei Nichterfüllung Anwendung von Zwangsmaßnahmen. Nun hat Deutschland nicht oder nur spottwenig gezahlt; Ermäßigungen und Erleichterungen sind ihm bewilligt worden, und es hat sie benutzt, um noch weniger zu zahlen.

Der ursprüngliche Zweck der Besetzung war, nach der Meinung der Mehrheit wie der Regierung, ein rein wirtschaftlicher. Es ist dem Nationalen Block nicht entgangen, daß die Besetzung der Ruhr, die er für Frankreich vorteilhaft glaubte, gleichfalls für die französischen Geschäftsmänner einträglich sein könnte und daß insbesondere die lothringischen Hüttenbesitzer dabei Gelegenheit finden würden, entweder ihre deutschen Konkurrenten zu ruinieren oder mit ihnen den kontinentalen Eisentrust zu bilden und jedenfalls sich den für ihre Hochöfen unentbehrlichen Koks zu sichern. Die Ruhr erschien ihm mithin als ein gutes Geschäft, als „ein produktives Pfand".

Der Nationale Block erwartete, ebenso wie die Regierung, von diesen Maßnahmen eine schnelle Kapitulation der Deutschen. Der Widerstand, die Ermunterung zum Streik der Beamten, der Eisenbahner und der Bergleute haben seine Auffassung von der Besetzung umgekehrt. Die [illegible] der deutschen Regierung, die Einstellung aller Zahlungen und aller Lieferungen, die Hindernisse, die der Entwaffnungskontrolle bereitet wurden, erschienen ihm als eine generelle Kündigung des Versailler Vertrages und somit als ein lange geheimgehaltener und endlich eingestandener Plan zur Vorbereitung eines Revanchekrieges. Von da ab hat er in der Ruhrbesetzung weniger ein Mittel zur Erlangung von Reparationen, als vielmehr eine unentbehrliche Vorsichtsmaßregel für die Sicherheit Frankreichs gesehen. Diese

Ueberzeugung ist durch die Einmütigkeit des deutschen Volkes in seinem Widerstande verstärkt worden. Der Nationale Block, der die Sozialisten in Frankreich bekämpft, rechnete in der Ruhr auf die Unterstützung durch die deutschen Sozialisten: ihre Proteste haben ihn überrascht. Er sucht die Erklärung dafür nicht in grundsätzlichen Erwägungen: er sieht darin nur eine allgemeine Einigung in Deutschland gegen Frankreich und für die Revanche.

Die Räumung der Ruhr erscheint ihm nur nach einer Kapitulation Deutschlands möglich. Keine Vermittlung, kein Schiedsspruch: von der Hartnäckigkeit der französischen Regierung hängen für den Nationalen Block nicht nur das Ansehen, sondern auch die finanzielle Rettung und die Sicherheit Frankreichs ab. Deutschland muß sich für besiegt erklären und sowohl in bezug auf die Abrüstung, als auch auf die Reparationen stärkere Unterpfänder als bloße Versprechungen geben."

Gegenüber dieser Haltung des Nationalen Blocks, der heute noch die herrschende Mehrheit in Frankreich repräsentiert, nimmt die bürgerliche Linke, verkörpert durch die „radikal-sozialistische Partei" unter Führung Herriots, eine ablehnende Stellung ein, ohne allerdings die Konsequenz aus dieser Stellung zu ziehen und den Kampf gegen die als schädlich anerkannte Politik des Nationalen Blocks aufzunehmen. Die Haltung dieser Partei wird von Professor Kahn folgendermaßen charakterisiert:

„Die Radikalen verwerfen die Ruhrbesetzung als die Folge einer Politik, für die sie nicht die Verantwortung übernehmen. Sie erwarten dauernden Frieden, die Reparationen und die Sicherheit Frankreichs nur von einer Politik, „die zur internationalen Anleihe, zum Schuldenausgleich, zur festen Aufrechterhaltung unserer Bündnisse und unserer Freundschaften, zur Ausdehnung der internationalen Schiedsgerichtseinrichtungen führt". Aber Frankreich sei nun einmal engagiert, es handele sich um nichts weniger als um das Schicksal des Landes. Die Partei hat aus vaterländischen Rücksichten „die nationale Pflicht über alle anderen Interessen gestellt" und sträubt sich, der Regierung „Schwierigkeiten, die die Nation schädigen könnten", zu bereiten. In der Suche nach einer friedlichen Lösung des Problems fordert sie aber schon jetzt die ausländischen demokratischen Parteien, insbesondere in England und den Vereinigten Staaten, auf, die gerechte Sache der Reparationen, die Frankreich gebühren, zu unterstützen. Sie appelliert an die demokratischen Parteien Deutschlands, „damit sie auf ihre eigene Regierung und auf ihre öffentliche Meinung einwirken, ihre Kapitalisten zu Opfern zwingen, denen sie noch nicht zugestimmt haben, und so selber uns helfen, den aufrichtigen Frieden herbeizuführen, den die Völker wünschen und den sie dringend benötigen."

So erwarten die Radikalen einerseits die Lösung des deutsch-französischen Konflikts nur von einer Aenderung der deutschen Innenpolitik, die den Kapitalisten die Macht entreißen und sie den Anhängern der Demokratie und des Friedens übertragen würde; andererseits lehnen sie es ab, die Besetzungspolitik, die sie mißbilligen, zu durchkreuzen und überlassen die ganze Verantwortung dafür der Regierung und dem Nationalen Block."

Eine Wiedergabe der nun folgenden Charakteristik der sozialistischen und kommunistischen Partei erübrigt sich, da die Haltung dieser Parteien in der Ruhrfrage wie in der Reparationsfrage überhaupt bekannt ist. Bemerkenswert ist indes die Feststellung Professor Kahns, daß die französische kommunistische Partei „durch innere Zwistigkeiten ausgehöhlt, durch wiederholte Ausschließungen dezimiert und übrigens den geheimen und wechselnden Befehlen aus Moskau unterworfen" sei. Man sehe auch nicht, welche Lösung sie der Ruhrbesetzung gegenüberstellen.

Von außerordentlichem Interesse ist weiter die Schilderung des Kräfteverhältnisses der einzelnen Parteien und des wirklichen Charakters der öffentlichen Meinung Frankreichs, von der die Pariser Zeitungen nur ein falsches, trügerisches Bild geben. Im Gegensatz zu der Pariser Presse, von der lediglich fünf Blätter („Populaire", „Humanité", „Peuple", „Ere Nouvelle" und „Oeuvre") die Ruhrbesetzung bekämpfen, seien die großen Provinzzeitungen dem Nationalismus feindlich und bekämpften mehr oder weniger offen die Besetzung der Ruhr. Ein weiteres Symptom der wirklichen Stimmung des französischen Volkes sei der Ausgang der einzigen zugelassenen Wahlen, der Senats-, Generalrats- und Bezirksratswahlen (die Teilwahlen verstorbener oder zurückgetretener Abgeordneter für die Kammer sind durch den Nationalen Block verboten worden), die in den meisten Fällen Erfolge für die Radikal-Sozialisten und die Sozialisten gebracht haben. Man könne daraus schließen, daß die Besetzung der Ruhr weniger populär sei, als die Pariser Presse vorgibt. Die wirkliche Stimmung im französischen Volke wird von Professor Kahn zusammenfassend wie folgt charakterisiert:

„1. Das französische Volk ist fast einmütig gegen Annexionen und gegen militärische Expeditionen. Mit Ausnahme der Nationalisten würde niemand es wagen, ihm offen eine militaristische oder imperialistische Politik vorzuschlagen. Die Nationalisten aber können noch so laut schreien: die Provinz, die die große Mehrheit der Wähler umfaßt, weigert sich, sie ernst zu nehmen.

2. Das französische Volk ist besorgt. Besorgt wegen seiner Sicherheit: zuviele Einfälle und der Krieg, den es nicht gewollt hat, lassen einen neuen Angriff befürchten. Es verabscheut den Krieg, es will ihn gegen niemand führen, aber es will den Frieden für sich wie für die anderen.

Besorgt auch wegen der Reparationen. Es fürchtet nicht nur den drohenden Ruin (denn die Bürde, die auf dem französischen Steuerzahler lastet, wird unerträglich), sondern es entrüstet sich auch in seinem tiefen Gerechtigkeitsgefühl. Ein Sprichwort sagt: „Wer die Scheiben zerbricht, zahlt sie." Die Franzosen, die 1871 ihre Kriegsschuld gezahlt haben, können nicht zugeben, daß, wo die Deutschen so viele Scheiben von 1914 bis 1918 zerbrochen haben, die Franzosen sie bezahlen sollen.

Diese doppelte Besorgnis haben die Regierung und der Nationale Block durch die Ruhrbesetzung zu beschwichtigen versucht. Dem französischen Volk liegt nichts an der Ruhr; es ist durchaus bereit, sie zu verlassen. Aber ihm liegt an seiner Sicherheit, ihm liegt an den Reparationen, und Deutschland m... das Mittel finden, sie ihm zu garantieren."

Soweit die Darlegungen Professors Kahns, die durch ihren maßvollen, objektiven Charakter geeignet sind, die Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volke zu fördern. Würden die Kräfte, die dem herrschenden politischen Kurse in Frankreich ablehnend gegenüberstehen, stark genug sein, um ihren Willen zur Geltung zu bringen und die französische Politik von ihrer jetzigen selbstmörderischen Richtung abzulenken, so würde nach unserer Ueberzeugung unschwer ein Weg gefunden werden können, um die berechtigten Forderungen und Interessen Frankreichs mit denen Deutschlands in Einklang zu bringen und den Ruhrkonflikt aus der Welt zu schaffen, der bei längerer Fortdauer nur geeignet ist, beide Länder dem Untergang entgegenzutreiben.

Hoffnungen Ramsay Macdonalds.

Der Führer der englischen Arbeiterpartei Ramsay Macdonald gab in der Vereinigung der ausländischen Pressevertreter längere Erklärungen über die von ihm ausgehende Initiative zu einer interparlamentarischen Aussprache über die durch das französisch-belgische Vorgehen im Ruhrgebiet entstandenen Schwierigkeiten. Er vertrat dabei den Standpunkt, daß Frankreich und England Freunde bleiben müssen, daß aber andererseits die schwebenden Probleme nicht durch Gewalt oder durch eine Allianz, sondern ausschließlich durch die moralischen Ueberzeugungen der Nationen gelöst werden können. Er kündigte für die kommende Woche eine neue Konferenz der sozialistischen Parlamentarier Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens an, bei der man nach der Rücksprache mit Vertretern der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über vollständigere Mitteilungen verfügen werde und sprach schließlich die Hoffnung aus, daß diese zweite Zusammenkunft zu einem Erfolge führe.

Der Attentäter auf Smeets verhaftet.

In der Angelegenheit des Mordanschlages gegen den rheinischen Sonderbündler Smeets ist durch die weiteren eingehenden Nachforschungen der Kölner Polizei festgestellt worden, daß der Täter der Mechaniker Karl Deutzmann ist. Er ist am 2. April 1896 in Ohligs geboren. Im Jahre 1920 wohnte er einige Monate in Köln und verzog dann nach Neuenahr. Im Jahre 1921 ist er aus dem Gefängnis Wiesdorf ausgebrochen, wo er eine Strafe verbüßte. Er wird noch wegen verschiedener Straftaten gesucht. Ferner sind zwei weitere Personen wegen dringenden Verdachts der Mittäterschaft bzw. wegen Begünstigung des Verbrechens verhaftet worden. Deutzmann ist gestern mittag von der Kölner Polizei in Köln festgenommen worden. Er leugnet vorläufig noch. Die bei der Tat anwesenden Zeugen haben ihn aber bestimmt als Täter wiedererkannt, so daß er als überführt gelten kann.

Die deutsche Sprache in Pommerellen.

Der Sejm nahm das Gesetz, nach dem die polnische Sprache bei den Gerichten und Notariaten Posens und Pommerellens die alleinige Amtssprache sein soll, in allen drei Lesungen an. Den Parteien, jedoch nicht den Rechtsanwälten, bleibt der mündliche und schriftliche Gebrauch der deutschen Sprache gestattet. Namens des deutschen Klubs nahm Abgeordneter Daczko von der Erleichterung Kenntnis und brachte einen Zusatzantrag ein, auch den Rechtsanwälten in Zivilsachen unter Zustimmung des Gerichts und in Strafsachen unter Zustimmung des Staatsanwalts den Gebrauch der deutschen Sprache zu gestatten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Keine Streikgefahr in Deutsch-Oberschlesien. Gestern wurde in einer Revierkonferenz der oberschlesischen Tariforganisation im Gewerkschaftshause in Zaberge über die zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen beraten. Bei der Abstimmung waren 122 Stimmen gegen und 85 Stimmen für den Streik. Damit dürfte die Gefahr eines Generalstreikes in Oberschlesien beseitigt sein.

Bestrafter Verleumder. Der Staatsgerichtshof verurteilte den Verleger und Hauptschriftleiter der „Mitteldeutschen Presse" in Staßfurt Hans Hottenroth wegen schwerer Beleidigung des Reichspräsidenten, der Mitglieder der Reichsregierung und des Oberbürgermeisters Scheidemann sowie wegen fortgesetzter Beschimpfung der republikanischen Staatsform zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten sowie zu einer Geldstrafe von insgesamt 100 000 Mark. Beantragt war eine Gefängnisstrafe von vier Jahren.

Absatzkrise auf der Kieler Nordischen Messe. Ebenso wie die Frühjahrsmessen in Leipzig, Breslau und Königsberg steht auch die Nordische Messe unter dem Zeichen einer Absatzkrise. Die deutsche Kundschaft hält weiterhin mit dem Erteilen von Aufträgen zurück, da sie mit einem weiteren Preisabbau rechnet, und nur der dringende Bedarf wird gedeckt. Die ausländischen Verkäufer verhalten sich noch abwartend. Sie begründen ihre Zurückhaltung mit dem teilweisen Ueberschreiten der Weltmarktpreise, was vor allem die Erzeugnisse der Schwerindustrie betrifft, obwohl die Preise hierfür gegenüber Leipzig wesentlich herabgesetzt wurden.

Zunahme der Arbeitslosigkeit auch in Rußland. Nach Ermittlungen des sowjetrussischen Arbeitskommissariats betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen in 83 Gouvernements des Sowjetbundesstaates zum 1. Dezember vorigen Jahres 589 000, von denen 24 Prozent auf Moskau und Petersburg entfielen. Im Laufe des Jahres 1922 ist die Zahl der Arbeitslosen andauernd gestiegen, und zwar um 293 Prozent für Männer und 316 Prozent für Frauen. Im Dezember und Januar ist, wie mehrfach im Laufe des Jahres 1922, eine Revision der Arbeitslosenlisten vorgenommen worden, wobei durchschnittlich 30 Prozent der Eingetragenen gestrichen wurden. Die Steigerung der Zahl der Arbeitslosen dauerte auch in den ersten Monaten dieses Jahres an.

Wochenkino.

Am Dienstag abend war im Schützenhaus große deutschsoziale Film-Sondervorstellung vor geladenen Gästen. Drei Jünglinge mit schweren Stöcken sorgten schon dafür, daß kein Unberufener hineinkam. Am Eingang scharfe Ausweiskontrolle. Maschinengewehrartig — nur entsprechend leiser — vibrierten die nach Judenblut lechzenden Knüttel in der Hand ihrer grimmig dreinschauenden Träger. Ihr Eifer aber blieb unbelohnt. Es gab keine Keilerei, kaum die geringste Rempelei. Die anderen waren zu anständig. Zwar schwirrten einige Gerüchte im Saale herum, aber immerhin reinere Luft als auf dem Jungenmarkt. Keine Infektionsgefahr! Deshalb gemütliche Stimmung, so echt fromm, deutsch-nett. Der Vorsitzende war sichtlich bemüht, sie zu heben. Daß es ihm trotz Aufforderung, alle etwa vorhandenen Juden und Judenknechte zu massakrieren, nicht gelang, sie zu steigern, war nicht seine Schuld. Er hatte sie jedenfalls in der Wirkung gut berechnet, als den ersten schlappen Worten des Redners auffällig und auch für jede Hakenkreuz-Nachwirkung verständlich hoffnungsvoll [illegible] helfen. Aber wenn doch keine geeigneten Objekte sichtbar waren?! Der sämtlich vorhandene Heerbann war eben ganz unter sich. Doch dienstbare Mägdelein mit blaubeknoteten Recken, das war eine Lust! Hojotoho! Wagalaweia! Es war aber auch zu interessant-blöde. Wenn auch Kunze, der Richard, nicht sprach. Dafür bemühten sich andere Propheten, wenn auch erheblich kleineren Formats. Immerhin gaben sie ihr Bestes!!

Hobufeldt, der [illegible], hielt das Hakenkreuzbanner hoch. Kein Talent, doch ein Charakter (Clown), das ganz bestimmt. Er leistete alles, was man von dritter Besetzung erwarten konnte. Als geistig überflüssigem Tenor fehlte ihm natürlich die Rednergabe. [illegible] er sprach [illegible] und — es muß gesagt werden — zuverlässig. Aber was er sagte, hatte Hand und Fuß. „Eure Rede sei ja, ja — nein, nein". Uebel wurde den andern. Sein Talent liegt in der [illegible], auch der [illegible] — natürlich nur der jüdischen. Und darum ließ er mit dem Talent einer gut [illegible] das Herz seiner [illegible] entflammen, wie die [illegible] niedliche Kinderlein mit ihren Märchen.

Aber was [illegible] in die [illegible] erschien der Mann auch! [illegible] dieses Mal hätte er einen [illegible] Es ist doch unausdenkbar, was dieser [illegible] Hobufeldt [illegible] [illegible] daß er den [illegible] in der Reihe [illegible] einen Jewelowski aufwiegen. Man stelle sich nur diese Stoffverschwendung vor. Wie schlimm sonst aber auch die Semiten sind. Brr! Die Zuhörer wanden sich unter Gänsehäuten. Weil die Juden die guten Deutschen schon durch ihre bloße Anwesenheit beunruhigen, wirken sie zersetzend, so redestimmte Hobufeldt. Ueberhaupt sind auch viele Deutsche dadurch schon weiße Juden geworden. Man denke! Auch diesen soll der Kampf gelten. Wo wird er enden? Schon fiel der Name Harden. Deutschnational, deine Throne wanken. Auch du bist ein Opfer jüdischen Raffinements. Warum gilt deine Liebe auch ganz allein dem Rindvieh? Aber noch ist alle Hoffnung nicht verloren. Noch können die Schulen als arische Judenabwehr mobilisiert werden. Das ist die nächste Forderung. [illegible] Erst wenn alle Unmündigen auf das Hakenkreuz eingeschworen sind, ist der Sieg sicher. Gegen Dummheit wird dann selbst Gott vergebens kämpfen.

Ja, die bösen Juden! Nirgends ist man vor ihnen sicher. Selbst nicht auf dem hohen Oberzollthurn. Schon wird er von der Jewelowski-Garde eifrig berannt. Ein „Neuer Mann" soll kommen. Sogar hinter den nationalsten Parteien hocken die Juden mit ihren Geldbeuteln. Selbst der deutschnationale Präsident Treichel scheint unheilbar infiziert zu sein. Er ist zwar Volkstagspräsident, doch deutsche Würde, o, die fehlt ihm doch bedenklich. Wie kann man aber auch so sein Herz entblößen. Er soll geäußert haben (Finger auf den Mund, pscht!) ..... [illegible] hätte der Partei schon viel geschadet. Das Zentrum aber stehe, [illegible] besser da. Auch dunkler Punkt auch hier: [illegible] Schimmer! Warum ist er auch, wenn er schon den großen Richard [illegible], auch gegen Hobufeldt so brutal? Das muß doch verdammen. Aber noch ist Hoffnung. [illegible] Er hat Jewelowski auf dem Gewissen. Konnte er ihn nicht in Frieden lassen? Aber man weiß ja, wie [illegible]. Aber was zuviel ist, ist zuviel. Selbst die „Danziger Neueste"? Ist es möglich? Hobufeldt nennt sie ein Judenblättchen. Wenn er wenigstens Platt [illegible]. Das war das ärgste. Wie soll man das verstehen? Ist es aber nicht echt jüdisch, wenn sie für eine Annonce 8000 Mark nehmen, wenn selbst die Sozialisten [illegible]? Zwar die [illegible] der „Danziger" ist schlimmer, sie läßt sich besser einfangen. Aber [illegible] immer etwas bezahlt? Dann noch die Schale [illegible] über einen Schulknecht. Er unterhält in seiner Schule deutschfeindliche Verbindung. [illegible] Aber erst gar Hoffnung. Ein Ratsherr ist entdeckt. [illegible] vor Gericht zu. Aber Sahner begrüßte es als [illegible] eines hoffnungsvoll [illegible]. Das war unerhört! Wenn er nun selbst als [illegible] ...? Rache ist Sacharin! Donner! Wütender [illegible] aller [illegible]. Schluß des ersten Aktes.

Dann begann der unterhaltende Teil mit Studienrat Sahner als Conferencier. Sehr charmant! So zauberte er über eine Stunde die Bosheiten seines Freundes Jewelowski. Seine Ausdauer war kolossal. Die seiner Zuhörer noch dimensionaler. Aber dem Mann ist wirklich unrecht geschehen. Man denke, 50 000 Mark mußte er wegen Beleidigung berappen. Das soll nicht ärgerlich sein? Und deswegen kann man schon mal seinem Herzen Luft machen. Und jeder hört sich doch gern mal selbst reden und spricht noch lieber über sich. Man soll ihn deswegen nicht auf die Glatze spucken. Das Publikum war doch so geduldig. Jewelowski, mei Gemmas, werden dir die Ohren gebrannt haben! Aber, Kinder, Vorsicht, ihr macht den Mann noch größenwahnsinnig! Mit unendlich rührender Selbsterkenntnis erklärte Sahner, daß die überlegene Intelligenz seines Gegners ihn den Prozeß verlieren ließ. Dieses überwältigende Geständnis erschütterte. O Nomini, o natura! Herr Gott, wie groß ist deine Zoologie! Man soll nicht sagen, was e jüd'sches Köpfchen kann und wie intelligent ein Studienrat sich manchmal zu benehmen weiß. Sahner wand seinen Geist geradezu aus. Aber die beste Lunge erschöpft sich, und Hamlet sagt irgendwo, daß der Rest Schweigen sei, deshalb brachte sich auch Herr Sahner einmal zum Schweigen. Der Vorsitzende tröstete mit der Bemerkung das Publikum, daß Herr Sahner nächstens im Wilhelmtheater (im Rahmen des übrigen Varietéprogramms) seine Geisteszeuilibristik fortsetzen würde. Darüber stürmische Begeisterung. Harmonie und Seligkeit, die der Kommunist Schmidt leider abdufschte. Er gab eindeutig zu verstehen, daß der deutschsoziale Brei für die Arbeitermägen doch zu unverdaulich wäre. Schade, ein großer Aufwand war wieder umsonst vertan. Dann wurde die Stimmung wieder hergestellt, damit die Kollekte reichlicher ausfiele. Diese fand, um auch jedem Gelegenheit zu bieten, zweimal statt, eigentlich ein bißchen viel. Nehmen ist immerhin seliger denn Geben. Warum sollte man aber nicht tüchtig schnorren? Es war zwar bisher ein wirkungsvoller Vorwurf gegen die Juden. Aber wenn es doch soviel Geld einbringt?

Das Ergebnis der Aufführung war immerhin beachtenswert: Man lernte in den Deutschsozialen Männer kennen. Männer — die alte Weiber sind. Ihre politische Größe wirkte erschütternd. Wenn sie auch der Volkstag zieren wollen, so wissen sie doch, was sie ihren Anhängern schuldig sind. Denn zweifelnd löste sich aus dem Haufen ihres Parteibonzen die quälende bange Frage: „Was werden wir dort leisten?" Um seine mißtrauisch aufhorchenden Anhänger ob dieser sich entfliehenden Erkenntnis schnell zu beruhigen, tröstete er sie mit einem zweifelnden: Abwarten?! Damit trat er schnell ab, um nicht noch mehr der treuen Schäfchen aufzurütteln. Aber wenn diese Erkenntnis nun doch die antisemitische Herde überfällt? Es ist nicht auszudenken. Was soll dann aus so bewährten Kräften wie Hobufeldt und Sahner werden? Wo doch die Zirkusse heute kaum noch Unterhaltungsgelegenheiten bieten? Arme Geistesblüten, euch bliebe dann tatsächlich nur der Zoologische Garten.

X.

Um die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe.

Ablehnende Haltung der Parteien. — Unbefriedigende Zuckerbewirtschaftung. — Die Bekämpfung des Wuchers.

Der Senat hat von dem ihm nach der Verfassung zustehenden Recht Gebrauch gemacht und die Einberufung des Volkstages veranlaßt, obwohl dieser sich bis zum 18. April vertagt hatte. Abg. Rahn (K.) protestierte zwar gegen das Vorgehen des Senats und stellte wiederholt den Antrag, die Sitzung zu vertagen, hatte aber damit keinen Erfolg.

Die verbilligten Kohlen des Senators.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Senator Dr. Frank eine Erklärung ab, die sich mit den Ausführungen des Genossen Gebauer im Volkstage und in der „Volksstimme" über die eigenartige Kohlenbeschaffung des Senators beschäftigte. Senator Dr. Frank mußte zugeben, daß er Kohlen bezogen hat, die durch Mittel der Stadt Zoppot verbilligt worden waren. Er erklärte weiter, daß er als Mitglied des Offiziervereins zum Empfang der Kohle berechtigt war, außerdem will er nicht gewußt haben, durch welche Mittel die Kohlen verbilligt waren!

Auf Antrag des Abg. Rahn (K.) fand dann eine Besprechung dieser „Regierungserklärung" statt, in der Abg. Gen. Gebauer feststellte, daß seine Ausführungen über den Kohlenbezug des Senators Dr. Frank durch dessen Erklärungen bestätigt worden sind. Selbst bürgerliche Zoppoter Stadtverordnete hätten das Vorgehen des Senators Dr. Frank verurteilt und eine Untersuchung gefordert. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die verbilligte Kohle nur für die minderbemittelte Bevölkerung bestimmt war. Es wird alsdann in die Beratung der Tagesordnung eingetreten und das Grunderwerbssteuernotgesetz in erster und zweiter Lesung verabschiedet. Abg. Rahn (K.) erhob Protest gegen das Vorgehen des Senats bei der Einberufung der Sitzung, das als ganz außergewöhnlich empfunden werden müsse und nicht berechtigt sei. Er beantragte, die auf Veranlassung des Senats auf die Tagesordnung gesetzten Punkte zu streichen, was jedoch von der Mehrheit abgelehnt wurde. Senator Dr. Eschert erwiderte, daß über die

Zuckerbewirtschaftung im Betriebsjahr 1923/24

Klarheit geschaffen werden müsse, es sei sonst zu befürchten, daß die Besitzer keine Rüben anbauen. Abg. Rahn war von dieser Erklärung nicht befriedigt und betonte, daß die Landwirte schon seit Jahr und Tag sich nicht um die Gesetze kümmern.

Abg Gen. Spill wies darauf hin, daß auch der Wirtschaftsausschuß vor kurzer Zeit unter eigenartigen Umständen zusammengerufen worden sei. Nicht der Vorsitzende, sondern der Präsident hat den Ausschuß einberufen, worauf vom Senator Dr. Eschert eine Denkschrift vorgelegt worden sei, in der der Zusammenbruch der Brotversorgung dargelegt wurde. Damals habe er (Redner) schon betont, daß Dr. Eschert nicht der Mann sei, der sich bei der sturnackigen Landwirtschaft durchzusetzen vermöge. Solange dieser Senat bestehe, regiere die Landwirtschaft.

Abg. Jacoby (Dt. Vt.) vertrat die Ansicht, daß Landwirte, Zuckerfabriken und Konsumenten mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zufrieden sein könnten. Nur die Imker seien nicht berücksichtigt worden. Auch diesen müßten 15 Pfund pro Bienenvolk zu verbilligtem Preise abgegeben werden. Ferner müßte im Gesetz festgelegt werden, daß Zuckerrüben nicht ausgeführt werden dürfen.

Abg. Gen. Plettner trat dem Vorredner entgegen und erklärte, daß zwar Landwirtschaft und Zuckerfabriken mit der Vorlage zufrieden sein könnten, die Konsumenten jedoch auf keinen Fall. Der Preis werde viel zu hoch, wenn er 85 Prozent des Weltmarktpreises beträgt. Zurzeit werden im freien Handel 1400 bis 1600 Mark für ein Pfund Zucker gezahlt. Der Preis für

1 Pfund Markenzucker würde demnach 1275 Mk. betragen.

Hinzu kämen noch die Kosten der Kommunalverbände und der Gewinn der Kleinhändler. Der Markenzucker werde dann nicht einen Pfennig billiger sein, als wie der Freihandelszucker. An einem solchen Gesetze habe die werktätige Bevölkerung kein Interesse. Es entspräche aber ganz der agrarischen Einstellung des Senats. Nachdem die Getreideumlage durch die Landwirte sabotiert worden sei, falle nunmehr auch die Zuckerzwangsbewirtschaftung abgebaut werden. Es sei wohl möglich, den Markenzucker billiger abzugeben. Die Ver. Soz. Fraktion werde im Wirtschaftsausschuß entsprechende Anträge stellen.

Abg. v. Budzynski (Pole) war ebenfalls der Ansicht, daß das Gesetz keine Verbilligung des Zuckers bringt. Es könne sehr leicht der Fall eintreten, daß der Markenzucker sich teurer stellen wird als der Freihandelszucker. Abg. Gaikowski (Z.) versprach in hochtönenden Worten, im Ausschuß dafür einzutreten, daß der Preis für Markenzucker so festgesetzt wird, daß er den Interessen der Bevölkerung entspricht. Abg. Rahn (K.) erklärte, daß die Vorlage des Senats für die konsumierende Bevölkerung wertlos sei. Markenzucker werde teurer sein, als der Zucker im freien Handel. Redner wies ferner darauf hin, daß der Zuckerfreihandelspreis in Magdeburg 40 000 Mk. pro Zentner, in Danzig jedoch 130 000 Mark pro Zentner beträgt. Wenn man etwas Wirksames schaffen wolle, müsse man in das Gesetz einen Anbau- sowie Verarbeitungszwang, unter Festsetzung angemessener Preise, hineinarbeiten. Abg. Frau Döll (K.) sprach sich ebenfalls gegen die in der Vorlage vorgeschlagene Preisberechnung aus und beschäftigte sich dann mit der Ausschmückung des Denkmals auf dem Heumarkt, die sie als öffentliches Aergernis bezeichnete. Abg. Frau Dr. Stremme (Dt. Pt.) vertrat die Ansicht, die wohl kaum von allen Hausfrauen geteilt wird, daß zwei Pfund verbilligter Zucker im Monat für den Haushalt keine Bedeutung haben. Was die Landwirte dadurch an Einbuße erleiden, werde bei andern Waren aufgeschlagen. Man könne den Zucker verbilligen, wenn man die Ausfuhr durch Erhöhung der Ausfuhrabgabe erschwere. Abg. Schmidt (K.) wies die Ausführungen der Vorrednerin zurück; der Zucker spiele im Haushalt der Arbeiterfamilien eine große Rolle, ganz besonders dann, wenn Säuglinge vorhanden sind. Die Aussprache war damit beendet. Der Gesetzentwurf wurde dem Wirtschaftsausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Wuchers

stand alsdann zur Beratung. Als erster Redner sprach der Abg. Rahn, nicht, um die Interessen der Arbeiter, sondern die des Handels zu vertreten. Nachdem erst vor kurzem die Aufhebung der Marktpreisverordnung abgelehnt worden sei, werde sie jetzt erneut verlangt. Der Gesetzentwurf sei bei den heutigen Geldverhältnissen völlig verfehlt. Der Begriff Wucher müsse genau festgelegt werden, weil sonst mißliebige Personen von den Behörden schikaniert würden. Es sei auch nicht zweckmäßig, zu einer Zeit des Konjunkturrückganges den Begriff der Marktlage aufzuheben. Ganz entschiedenen Widerstand fanden die Ausführungen Rahns aber fast bei der gesamten Linken, als er behauptete, daß durch den Zwischen- und Kettenhandel die Ware nicht verteuert werde. Unverständlich sei es, daß in dem vorliegenden Gesetzentwurf Polen als Inland betrachtet werden soll, und Verkäufe zwischen Danziger und polnischen Firmen unter diese Bestimmungen fallen sollen. Redner empfahl, die Großhandelsnotierungen wichtiger Waren täglich zu veröffentlichen. Abg. Laschewski (K.) führte aus, daß durch das vorliegende Gesetz an den bestehenden Zuständen nichts geändert werde und bemängelte die unzureichende Tätigkeit der Wuchergerichte. Ganz entschieden wandte er sich gegen die Behauptung des „ehemaligen Kommunisten Rahn", daß der Zwischenhandel nicht preistreibend wirke. Der Senat treibe selbst schamlosen Wucher, wenn er in der städtischen Forst für 1 Raummeter Holz, der im Frieden 4,20 Mark gekostet hat, jetzt 42 000 Mark verlange. Die Vorlage ging dann ohne weitere Wortmeldungen an den Rechtsausschuß.

Die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe

führte zu einer längeren Debatte, in der sich alle Redner, mit Ausnahme des Zentrumsredners, gegen die vom Senat vorgeschlagene Erhöhung der Wohnungsbauabgabe ausgesprochen. Als erster Redner sprach der deutschparteiliche Abg. Dr. Neumann, der erklärte, daß die Vorlage für die Deutsche Partei unannehmbar sei. Bevor irgendwelche neuen Abgaben beschlossen würden, verlange man Aufklärung und Abrechnung darüber, was bisher auf dem Gebiet des Wohnungsbaues geschehen ist, ferner über die Art der Bauten und über diejenigen Personen, die auf Grund von Staatsmitteln gebaut haben. Es sei verkehrt, Villen zu bauen; die Linderung der Wohnungsnot erfordere, daß große Häuser mit vielen Wohnungen gebaut werden. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot müsse etwas getan werden. Der vorgeschlagene Weg sei jedoch nicht gangbar. Zweckmäßiger sei es, einen

Zuschlag zur Einkommensteuer

zu erheben. Wenn dieser 1 Prozent betrage, würde er jährlich 1½ Milliarden einbringen. Die Beseitigung des Wohnungsmangels sei aber nur möglich durch die Belebung der privaten Bautätigkeit. Das könne aber nur geschehen, wenn die Wohnungsmieten entsprechend erhöht würden. Auch der Abg. Foß (Dtntl.) betonte, daß seine Fraktion mit der Vorlage nicht ganz einverstanden sei. Im Ausschuß müsse es möglich sein, eine andere Lösung der Frage zu finden.

Für die Ver. Soz. Fraktion unannehmbar.

Abg. Gen. Grünhagen erklärte, daß die Ver. Soz. Fraktion die Wohnungsbauabgabe in der geforderten Höhe niemals bewilligen werde. Die Ver. Soz. Fraktion vertritt den Standpunkt, daß die Wohnungsbauabgabe auf die leistungsfähigeren Schultern gelegt werden muß. Sie habe auch früher einen Zuschlag zur Einkommensteuer an Stelle der Wohnungsbauabgabe gefordert, der jedoch vom Bürgerblock abgelehnt wurde. Inzwischen hat man aber festgestellt, daß 84 Prozent der gesamten Einkommensteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht werden, und nun regt sich im Bürgertum der Gedanke, auch die Lasten für den Wohnungsbau auf die Lohn- und Gehaltsempfänger abzuwälzen. Das lehnt die Ver. Soz. Fraktion selbstverständlich ab.

Redner sprach dann über den Verfall der Wohnungen. Bei den bisherigen Mieten sei eine Instandhaltung der Wohnungen nicht möglich. Deshalb habe man auch das Wohnungsinstandsetzungsgesetz geschaffen. Von dessen Wirksamkeit hat man bisher in der Oeffentlichkeit nichts bemerkt. (Zuruf: Doch, es sind 10 Beamte angestellt worden!) Es sei auch nicht richtig, daß die aus der Wohnungsbauabgabe eingehenden Gelder direkt verbaut würden, ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, diese Gelder zur Verzinsung des für Neubauten aufzunehmenden Kapitals zu verwenden. An Baukosten könnte ganz gewaltig gespart werden, wenn der Wucher mit Baumaterial bekämpft werde. Schuld an der nicht rechtzeitigen Fertigstellung der Bauten trage der Senat, der den achtwöchigen Bauarbeiterstreik provoziert habe.

Das Zentrum für die Erhöhung.

Abg. Schulz vom Zentrum, ein Baugewerksmeister, erklärte, daß die Zentrumsfraktion der Vorlage des Senats voll und ganz zustimmen werde. Eine wirkliche Abhilfe der Wohnungsnot könne nur durch die Belebung der privaten Bautätigkeit geschehen. Früher habe man für die monatliche Wohnungsmiete 3—4 Tage arbeiten müssen. Wenn man die Mieten dementsprechend erhöhe, würden auch neue Wohnungen gebaut werden. (Zuruf: Was sagen denn die Zentrumsanhänger im Mieterverein dazu?) Dann erlaubte sich der Abg. Schulz, die Bauarbeiter ganz allgemein, des Diebstahls zu beschuldigen. Er behauptete, die Baumaterialkosten würden durch Diebstahl der Arbeiter um zehn Prozent verteuert.

Abg. Schmidt lehnte die Vorlage des Senats ab. Dem Abg. Schulz erwiderte Redner, daß nicht die Bauarbeiter, sondern die Baugewerksmeister stehlen und zwar insbesondere bei den Bauarbeiten für den Senat. Auch der Abg. Laschewski (K.) wies die Verdächtigung der Bauarbeiter zurück. Er wies nach, daß die Baugeschäftsinhaber den Senat auf alle mögliche Weise betrügen.

Abg. Budzinski (Pole) wünschte die Ausweisung der Optanten.

Senator Leske antwortete: Die geforderte Aufstellung über die bisher geleistete Arbeit werde die Regierung dem Ausschuß gern unterbreiten. Die in der Mieterversammlung aufgestellte Behauptung, daß der größte Teil der Wohnungsbauabgabe durch Verwaltungskosten aufgebraucht werde, sei nicht den Tatsachen entsprechend. Die von dem Abg. Grünhagen geforderten Maßnahmen zur Verbilligung der Baumaterialien ließen sich leider nicht für die meisten Baumaterialien durchführen, da diese in der Hauptsache von außerhalb eingeführt werden müßten.

Die Aussprache war damit geschlossen und das Gesetz dem wurde dem Siedlungsausschuß überwiesen. Das Gesetz über die Getreideversorgung wurde nicht mehr erledigt, da es inzwischen ½9 Uhr geworden war. Der Volkstag vertagte sich dann erneut bis zum 18. April.

Der neue Völkerbundkommissar

hat gestern den Senat während einer Sitzung einen offiziellen Besuch abgestattet. Mac Donell wurde bei dieser Gelegenheit mit den Mitgliedern des Senats bekanntgemacht. Auch die üblichen Reden fehlten nicht. Senatspräsident Sahm begrüßte den Kommissar in der Mitte des Saales und erklärte, daß der Senat seiner Unparteilichkeit großes Vertrauen entgegenbringe und ihn in der Ausübung seines Amtes unterstützen wolle. Mac Donell antwortete in deutscher Sprache und dankte für die freundliche Begrüßung in der wundervollen alten Stadt. Er versicherte, daß der Rat des Völkerbundes ein großes Interesse an allen Danziger Angelegenheiten habe. Er betrachte es als eine besondere Ehre, daß er hierher als Vertreter des Völkerbundes gesandt worden ist und sei er sicher, bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Unterstützung der beiden Regierungen zu finden. Mit diesen außerordentlich farblosen, rein konventionellen Reden war der offizielle Besuch beendet.

Entdeckte Millionen-Steuerhinterziehung.

Wegen fortgesetzter Steuerhinterziehung hatte sich der Juwelier Richter, Inhaber der Firma Danziger Langgasse, vor dem Schöffengericht zu verantworten. Richter hatte nach der Anklage vom Jahre 1919—1922 einen Umsatz von zirka 19 200 000 Mark der Steuerbehörde zur Umsatz- und Luxussteuer nicht gemeldet. Zur Täuschung der Steuerbehörde hatte Richter ein Scheinbuch für die Kontrolle sowie ein Geheimbuch mit den hinterzogenen Beträgen geführt. Richter ist geständig und hat die hinterzogenen Steuern in Höhe von zirka 3 Millionen gezahlt, ist aber der Meinung, daß in der der Anklage zugrunde liegenden Zahl auch nicht luxussteuerpflichtige Verkäufe enthalten sind und deshalb reduziert werden müsse. Die Zeugen können hierüber keine genauen Angaben machen. Der Amtsanwalt betonte, daß hier eine empfindliche Strafe am Platze wäre. Die Arbeiter und Festbesoldeten müssen ihre letzte Mark versteuern, da müssen die ehrlichen soliden Kaufleute vorbildlich vorangehen. Wer dieses unterläßt, muß die ganze Härte des Gesetzes verspüren. Das Gesetz lasse eine Strafe bis zur 20fachen Höhe der hintergangenen Steuer zu. Die Strafe soll aber den Angeklagten nicht wirtschaftlich ruinieren, deshalb beantrage er eine Strafe von der 10fachen Höhe der hinterzogenen Steuer in Höhe von 19 200 000 Mark. Das Gericht erachtete diese Strafe an und für sich als gerecht, beschloß aber die Vertagung zur Nachprüfung der hinterzogenen Summe auf nicht luxussteuerpflichtige Umsätze.

Rundschau auf dem Wochenmarkt.

Das schöne Frühlingswetter hat alle Menschen auf die Straße gelockt; es herrscht ein ungewohntes Leben auf dem Wochenmarkt. Die Preise für Gemüse sind heute etwas heruntergegangen, so kann man Brukeln und Mohrrüben für 100 Mark das Pfund kaufen. Weiß- und Rotkohl kosten 350 Mark das Pfund. Zwiebeln noch 300—350 Mark. 4 Stangen Meerrettich kosten 200 Mark, das Bundchen Suppengemüse preist 80 Mk. Eier, wieder in Hülle und Fülle, kosten 4500, 4800 und 5000 Mark die Mandel. Das Geflügel bleibt so verstiegen teuer. Eine lebende Henne kostet 15 bis 17 000 Mark, das gerupfte Hühnervieh 14 bis 18 000 Mark, je nach Größe. Für Aepfel werden pro Pfund 400—900 Mark verlangt. Apfelsinen preisen pro Stück 500 und 600 Mark. Eine Zitrone kostet 200 und 250 Mark.

Der Platz an der Halle ist jetzt wieder mit Blumen und jungem Grün geschmückt. Schneeglöckchen und Lebenblümchen liegen auf den Tischen der Händler. In den Gefäßen sieht man Fliederstauden und Goldlak neben Weidenkätzchen. Für ein Töpfchen Zinneraien werden 1500—2000 Mark gefordert. Schneeglöckchen und Lebenblümchen kosten 100 Mark das kleine Sträußchen. Eine Staude Flieder kostet sogar 1500 und 2000 Mark. Kann auch nicht jede Hausfrau von den Herrlichkeiten des Frühlings kaufen, so hat sie doch eine lichte Freude an dem Anblick.

Das Fleisch kauft man jetzt zu ganz verschiedenen Preisen. Es gibt Kalbfleisch zu 1300 und zu 2000 Mark das Pfund für Keule. Das Rindfleisch kostet 1500, 2000 und 3000 Mark das Pfund. Nur das Schweinefleisch kostet noch 3500 und 4000 Mark pro Pfund.

Auf dem Fischmarkt gibt es jetzt immer sehr viel frische Ware und zeitweise zu mäßigen Preisen. Heute am Markttag fordern die Händlern jedoch wieder höhere Preise als an anderen Tagen der Woche. Für grüne Heringe werden 700 Mark gefordert, dieselben kosteten am Donnerstag nur 300—400 Mark. Breitlinge kosten 70 Mark das Pfund. Pomuchel kosten das Pfund 1000 Mark. Für Quappen verlangt die Händlerin für ein Pfund 1300 Mark. Aale preisen das Pfund 4000 Mark. Flundern kosten 900 Mark das Pfund. Geräucherte Breitlinge bringen das Pfund 700 Mark.

Bei dem Ueberfluß an Ware müßte alles viel billiger verkauft werden. Es fehlen weitere Vorstöße gegen die Wucherpreise, wie sie in letzter Zeit durch den billigen Verkauf von Cornedbeff und Kakao so erfolgreich unternommen wurden.

Das Gesetz über die Stadtbürgerschaft

ist vom Gemeindeausschuß des Volkstages durchberaten. Mit geringen Abänderungen liegt es jetzt dem Plenum zur Annahme vor. Die Wahl der ersten Stadtbürgerschaft soll spätestens innerhalb 4 Wochen nach Zusammentritt des im November 1923 neu zu wählenden Volkstages erfolgen. Bis zum Zusammentreten der Stadtbürgerschaft bleibt die alte Stadtverordnetenversammlung in Tätigkeit.

Eine Ergänzung zum vorläufigen Haushaltsgesetz

legt der Senat dem Volkstage vor. Der Senat wünscht darin die Ermächtigung, die in den Etats angeforderten Summen für einmalige Ausgaben ab 1. April leisten zu dürfen.

Zur proletarischen Morgenfeier des Gesangvereins „Freier Sänger", die am morgigen Sonntag, 10½ Uhr vormittags in der Aula der Petrischule stattfindet, werden an der Tageskasse noch einige Eintrittsprogramme zu 400 Mark zu haben sein.

Wasserstandsnachrichten am 24. März 1923.

	22. 3.	23. 3.
Zawichost	+ 1,78	+ ,
	21. 3.	22. 3.
Warschau	+ 2,20	+ ,
	21. 3.	22. 3.
Plock	+ 2,11	+ ,
	23. 3	24. 3
Thorn	+ 2,62	+ 2,51
Fordon	+ 2,64	+ 2,50
Culm	+ 2,63	+ 2,50
Graudenz	+ 2,86	+ 2,75
Kurzebrack	+ 3,71	+ 3,20
Montauerspitze	+ ,	+ 2,93
Pieckel	+ 1,76	+ 3,05
Dirschau	+ 3,54	+ 3,34
Einlage	+ 2,92	+ 2,82
Schiewenhorst	+ 2,62	+ 2,56
Nogat:		
Schönau O. P.	+ 6,68	+ 6,76
Galgenberg O. P.	+ 4,61	+ 4,62
Neuhorsterbusch	+ ,	+ ,
Anwachs	+ ,	+ ,

Mordprozeß Reis.

In der weiteren Verhandlung gab Polizeibetriebsassistent Weiß auf Befragen an, daß die etwa acht Tage vor dem Morde ins Zimmer geworfene „Bombe“ ungefährlich gewesen sei. In einer Konservenbüchse befanden sich einige Bleikugeln, Nagelreste und etwas Pulver. Die Zündschnur bestand aus Bindfaden, der beim Anzünden nicht bis zur Büchse fortgeglimmt wäre. Um eine Bombe im eigentlichen Sinne habe es sich gar nicht gehandelt.

Wieviel Schüsse sind in der Mordnacht abgegeben worden?

Die Feststellung dieser Frage nahm in der Verhandlung am Donnerstag nachmittag einen breiten Raum ein. Die Mehrzahl der Zeugen, die dieserhalb vernommen wurden, gab die Zahl der Schüsse auf vier an. Auch der Zeitraum zwischen dem ersten und dem zweiten Schuß, der nach den gleichlautenden Zeugenaussagen größer gewesen ist, als der Zeitraum zwischen den folgenden Schüssen, wurde verschieden angegeben. Der Angeklagte behauptet, daß er nach dem Schuß, der seine Frau niederstreckte, ans Fenster gelaufen sei, einen Schuß durchs Fenster abgegeben, seine Frau aufs Bett ins Schlafzimmer geschafft, auf die Straße gelaufen, einige weitere Schüsse abgegeben und nach Hilfe gerufen habe. Einige Zeugen wollen gehört haben, daß der erste Schuß einen dumpferen Klang als die anderen Schüsse gehabt hätte.

Unterwachtmeister Gabriel mußte auf Anordnung des Oberwachtmeisters in der Reisschen Wohnung bleiben. Der Zeuge erzählt: Auf dem Tisch lag eine Pistole. Reis zeigte mir ein Kästchen mit Patronen und sagte: Die Hülsen der Patronen, mit denen ich geschossen habe, müssen neu sein; das Geschoß, mit dem meine Frau erschossen ist, muß ein anderes sein. Auf dem Tisch lagen zwei schwarze Patronen. Auf die Frage: Was ist damit? sagte Reis: Die habe ich nur so, und wollte sie wegnehmen, was jedoch vom Zeugen verhindert wurde.

Polizeiwachtmeister Wiesner war mit anderen Beamten mit dem Suchen der Patronenhülsen auf der Straße beschäftigt. Nachdem er drei neue Hülsen gefunden hatte, kam Reis aus der Wohnung, stellte sich auf die Straße, ging an den Laternenpfahl, bückte sich, hob eine mit Pulverdampf geschwärzte Patrone auf, gab sie dem Wachtmeister Fritsch und sagte: Das ist die Patrone, mit der meine Frau erschossen sein kann. Wachtmeister Fritsch hat die Stelle, an der Reis die Hülse aufgehoben hat, vorher abgesucht und nichts bemerkt. Auch als Reis sich mit der vorher bezeichneten Bemerkung bückte, hat er nichts auf der Erde liegen sehen. Seines Erachtens

hat Reis die Patrone schon beim Bücken in der Hand haben müssen.

Kriegsbeschädigter Podlinski, der in der Mordnacht auf Wache war, hat vier Schüsse gehört. Bald darauf wurden zwei Leute zur Wache gebracht. Dann kam ein Radfahrer vorbei und nach diesem zwei Männer, von denen der eine sagte: Der Franz hat es gemacht. Unteroffizier Sturek ist drei angetrunkenen Personen begegnet, von denen der eine sagte: Das hat er sonst gut gemacht. Gleich darauf kamen zwei Beamte, die er auf die verdächtigen Personen aufmerksam machte, die dann auch abgeführt wurden. Frau Klein hat die Schüsse gehört, [illegible] und sah, wie zwei Männer über den Platz liefen. Auch einen Radfahrer hat sie bemerkt. Auch der Polizeileutnant Nabakowski will nach dem ersten Schuß das Laufen eines Mannes gehört haben.

Die acht unschuldig Verhafteten.

Nunmehr wurde zur Vernehmung der nach der Tat Verhafteten geschritten. Es sind dies der Vorschlosser Kowalewski, Schlosser Lettau, der frühere Stadtrat Dettmer, Schlosser Liedtke, Arbeiter Ehmann, Schlosser Fechner, Heizer Sullus und Schlosser Semrau. Sie sagten übereinstimmend aus, daß sie am 10. Juli im Zanderschen Gasthause gewesen seien. Semrau habe am 8. Juli Hochzeit gehabt und seine Bekannten, mit denen er in der Eisenbahnwerkstätte zusammenarbeitet, am Montag abend zu einer Nachfeier geladen. Nach Arbeitsschluß um 10 Uhr begaben sie sich zu Zander, wo sie bis 3/4 1 Uhr weilten. Von Politik sei während des ganzen Abends kein Wort gesprochen worden. Einige der Eisenbahner wußten gar nicht, wann sie nach Hause gekommen sind und haben das erst von ihren Frauen erfahren. Bei ihrer Vernehmung stellte sich heraus, daß die meisten von ihnen sich überhaupt gar nicht oder sehr wenig um Politik gekümmert haben. Nach Schluß der Nachfeier hat einer den andern nach Hause gebracht und auf diese Weise haben sie sich während der Ermordung der Frau Reis in den Straßen der Stadt aufgehalten. Auch ein Radfahrer, der von mehreren Zeugen gesehen worden ist, hat sich unter ihnen befunden. Drei von ihnen wurden nachts verhaftet, die anderen sind später festgenommen worden. Alle wurden jedoch bald wieder freigelassen, nachdem die gegen sie geführte Untersuchung nichts Belastendes ergeben hatte. Nach kurzer Beratung beschloß der Gerichtshof die Vereidigung der Zeugen, da sie weder wegen Beteiligung noch wegen Begünstigung an der Mordtat in Betracht kommen.

Veranlassungsreise eines Zuchthäuslers.

Eine weite Reise hat der Fleischer Köble gemacht, der in München wegen Bandendiebstahls zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden ist und aus dem dortigen Zuchthause in Begleitung zweier Transporteure gefesselt vorgeführt wurde. Er wurde vom Vorsitzenden wiederholt ermahnt, die Wahrheit zu sagen, da er vereidigt werden könne. Köble: Ich kann den Eid verweigern, da ich Ehrverlust habe. Vors.: Sie können trotzdem wegen Meineids bestraft werden und noch 15 Jahre kriegen. Das kann nicht eintreten, denn ich habe bereits die höchste Strafe erhalten. Köble erzählte sodann, daß er von München nach Marienburg gereist sei, und dort mit anderen Personen einen Diebstahl bei Reis versucht habe. Dabei will er gesehen haben, wie ein Mann auf eine Frau schoß, die am Fenster stand. Die Einzelheiten, die Köble angegeben hat, stimmen jedoch nicht. Das Gericht war der Ansicht, daß es Köble nur darum zu tun war, einmal eine Reise nach Elbing zu machen, um unterwegs vielleicht ausreißen zu können. Durch seine Fesselung war ihm dies von vornherein unmöglich gemacht. Schließlich erklärte Köble, daß alles nicht wahr sei. Köble schwor darauf, daß seine heutige Aussage erlogen sei. Diese Veranlassungsreise von München nach Elbing kostet der Staatskasse etwa 800 000 Mark.

Der Sachverständige Preuß aus Saarow, Leiter der waffentechnischen Versuchsanstalt, ist der Ansicht, daß Frau Reis normaler Weise mit der Trommelpistole nicht hätte erschossen werden können. Die Anklagebehörde ist nämlich der Meinung, daß Reis in die Trommelpistole eine seiner Revolverkugeln geladen und dann seine Gattin erschossen hat.

Der Lokaltermin in Marienburg findet heute statt. Montag kommen voraussichtlich die Sachverständigen zu Wort.

Versammlungs-Anzeiger

Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig. Montag, den 26. März, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Heveliusplatz 1/2, Zimmer 70: Delegiertenversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Leu, 2. Stellungnahme zur Maifeier. (9186

Freier Volkschor Zoppot. Morgen, Sonntag, den 25. März, mittags 12¼ Uhr, im Bürgerheim, Bergstraße: Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Metallarbeiter-Verband. Vertrauensleute der Firmen Roth u. Co., Lietzau A.-G., Hahn u. Löchel, Gutschow u. Co. Montag, d. 26. März, 4 Uhr, bei Klamitzki, Schwalbengasse: Wichtige Versammlung. Tarif- und Lohnfragen. — Betriebsräte der Metallindustrie. Dienstag, den 27. März, 6½ Uhr, Heveliusplatz 1/2, Zimmer 70: Wichtige Versammlung. (9175

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Generalversammlung am Sonnabend, den 14. April, abends 6 Uhr, bei Steppuhn, Karthäuser Straße. (9157

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Qualitätsware – sehr billig!

Herren-Schnürstiefel
prima Chevreaux, echt rahmengenäht, breite, bequeme, beliebte Formen, mit echter Kappe, prima Unterböden, beste Arbeit, **ganz besonders billig**
52500.-

Damen-Halbschuhe
prima Cromlack, auf echtem Rand gearbeitet, vorzügliches Material, gute Passform

Damen-Lack-Pumps
allerfeinstes Lackleder, mit echten L XV Absätzen, sehr eleg. Form, für Strasse u. Geselisch.

Damen-Schnürschuhe
bestes R. Chevreaux, Lackkappe, 1a Goodyear Welt, gute gediegene Verarbeitung

35750.-

Leiser

Aus unserer Spezial-Strumpf-Abteilung
Damen-Strümpfe braun und schwarz, starkes, haltbares Gewebe, engl. lang **950.-**

Langgasse 73

Der Kraft-Mayr

Ein humoristischer Musikanten-Roman von Ernst von Wolzogen.

22 (Nachdruck verboten.)

[illegible]

„Mein Name ist Mayr“ [illegible]

[illegible]

„Oh, Sie wollen bei mir studieren? Bravo! Wollen sehen, mein junger Freund! Kommen Sie morgen zu mir, spielen Sie mir etwas vor. Kommen Sie acht Uhr früh! Sie sind auf Bayreuth? — brave! Haben Sie Empfehlung von Bahnfried?“

„Nein, ich bin, ich habe — ich bitte um Entschuldigung, ich habe gar keine Empfehlungen,“ stammelte Florian entsetzt.

Liszt zuckte die breiten Schultern und schüttelte nachdenklich den Kopf. Als aber sein Auge dem angstvollen Blicke des jungen Mannes begegnete, lächelte er ihm aufmunternd zu und sagte: „Was, was tut's! Protektion ist für die Schwachen. Empfehlen Sie sich selbst, mein junger Freund! Also, morgen früh acht Uhr! [illegible]“ Er erhob artig seinen Hut und dann bog er mit dem Gartengehilfen in den nächsten Seitenpfad ein.

Florian trat aus seinem Fichtendickicht hervor und stürzte, vor Aufregung und Begeisterung halb närrisch, davon. Zwei Stunden lang rannte er [illegible] im Laufschritt in dem prachtvollen Park umher, ohne doch für dessen landschaftliche Reize ein Auge zu haben. Ein Glückspilz sondergleichen, ein unverschämtes Sonntagskind dünkte er sich selbst, weil es ihm [illegible] ohne alle Schwierigkeit gelungen war, die große [illegible] seines Lebens erfüllt zu sehen. [illegible] als Schüler bedeutete, daran dachte Florian im ersten Freudenrausche nicht. Die Befürchtung kam erst über ihn, als er im Bette lag. [illegible]

[illegible]

Es half nichts, daß Florian mit aller Gewalt seine Gedanken [illegible] daß er bis hundert zählte und [illegible] — das Schreckliche [illegible] und ließ sich nicht verscheuchen. Er [illegible] Bett herum und fand erst lange nach Mitternacht ein wenig Schlaf. Aber schon vor sechs Uhr in der Früh war er wieder wach — und da hob die rechte Höllenpein erst an. An Schlaf war nicht mehr zu denken. Frühstück gab es in dem Hotel so früh noch nicht. Er stand auf und ging eine Stunde spazieren, um nur noch elender, an allen Gliedern wie zerschlagen, und mit Anwandlung von Uebelkeiten heimzukehren. Er trank einen Schnaps zum Kaffee, aber das half auch nichts. Sein Magen war ganz in Unordnung, und es erging ihm wie der Witwe Stoltenhagen, als sie von seinem „Gesundheits-Kaffee“ genascht hatte.

Unter so traurigen Begleitumständen vollendete sich die achte Stunde des bedeutungsvollen Tages. Florian stand trotz alledem pünktlich mit dem Schlage Acht vor der Hofgärtnerei. Aber er traute sich nicht hinein ins Haus. Er war überzeugt, daß er in seinem jammervollen Zustande erbärmlich spielen würde, und überlegte, ob er nicht lieber die Flucht ergreifen solle, um sich nie wieder in Weimar sehen zu lassen und sich mit dem bescheidenen Dasein eines besseren Klavierlehrers für die höheren Stufen zu begnügen. Da klingelte der Postbote am Hause an, und alsbald öffnete die freundliche „Pauline“ und nahm ihm die Brief ab. Dabei gewahrte sie auch den schlotternden Florian, winkte ihm eifrig zu und rief ihn an: „Sie sind doch der Herr Mayr mit a-y-r, nicht wahr? Gommen Se, machen Se zu! Der Herr Doktor wartet schon auf Sie.“

Wie ein ertappter Sünder schlich Florian ins Haus, und er hätte sich gar nicht gewundert, wenn die gute Pauline ihm im Vorbeigehen hinterrücks eins ausgewischt hätte. Mit zitternden Knien klomm er mühsam die Treppe empor, [illegible], wie ein Dieb, der zum erstenmal stehlen will und noch dazu ohne Talent. Wäre ihm Pauline nicht so dicht auf den Fersen gefolgt, so hätte er vielleicht gar jetzt noch kehrt gemacht und das Hasenpanier ergriffen. Eine Ewigkeit deuchte es ihm, bis er die Treppe hinauf kam, und doch befand er sich, ehe er sich dessen recht versah, in dem geräumigen Vorzimmer, in welchem Spiridion, der griechische Sekretär des Meisters, eine französische Zeitung lesend, am Fenster saß. In seiner Angst machte Florian diesem schwarzen Herrn eine tiefe Verbeugung, die jener jedoch kaum beachtete. Er richtete einen fragenden Blick auf Pauline und vertiefte sich sogleich wieder in seine Zeitung, als sie ihm sagte, daß „es schon recht sei“. Dann betrat Pauline das Arbeitszimmer des Meisters, der an seinem Schreibtische saß, überreichte ihm die Briefe und meldete Herrn Mayr an.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Ein neues Pachtschutzgesetz.

Ausdehnung auf Jagd- und Fischerei-Pachtung.

Mit dem 31. Mai 1923 läuft die Geltungsdauer der Pachtschutzordnung vom 15. April 1921 ab. Da sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, die seinerzeit der Grund für die Einführung der Pachtschutzverordnung waren, inzwischen nicht verändert haben, ist das Bedürfnis nach einer gerechten Ausgleichung nach wie vor vorhanden. Der Senat hat sich deshalb für Beibehaltung der Pachtschutzordnung entschlossen und nach dem Vorbilde Preußens gleichzeitig die Gelegenheit benutzt, dem Volkstage einen neuen Entwurf vorzulegen, welcher die während der Geltungsdauer der Pachtschutzordnung gemachten Erfahrungen berücksichtigt und hervorgetretene Streitfragen und Mängel nach Möglichkeit beseitigt.

Der Entwurf schließt sich der preußischen Pachtschutzordnung vom 27. September 1922 eng an. An materiellen Neuerungen ist in erster Linie zu nennen, daß der Pachtschutz auch auf Jagdpacht- und Fischereipachtverträge ausgedehnt wird. Weiter gilt die Pachtschutzordnung in Zukunft nicht nur dann, wenn Grundstücke zum Zwecke landwirtschaftlicher oder gewerbsmäßiger gärtnerischer Benutzungen verpachtet werden, sondern auch bei Verpachtung zu obstbaulicher Nutzung. Die Voraussetzungen für das Eingreifen der Pachteinigungsämter werden anders gefaßt. Während bisher die Pachteinigungsämter nur eingreifen durften, wenn das Verhalten eines Beteiligten sich als wucherische Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit oder als eine schwere Unbilligkeit darstellte oder eine wirtschaftliche Notlage des andern Teils zur Folge hatte, sollen sie in Zukunft eingreifen können, wenn und insoweit sich die Beibehaltung der Bestimmungen des Vertrages entweder als Ausbeutung der Notlage oder als eine schwere Unbilligkeit darstellt, oder wenn und insoweit sie zur Folge hätte, daß der eine oder der andere Teil in wirtschaftliche Not gerät. Selbst ohne diese Voraussetzungen sollen sie eingreifen können, wenn der Staat, die Gemeinden, Kirchen, gemeinnützige Stiftungen und Anstalten und öffentlich-rechtliche Körperschaften Land verpachtet haben. Ferner wird bestimmt, daß die Verlängerung eines gekündigten oder abgelaufenen Pachtvertrages nicht nur einmal ausgesprochen, sondern wiederholt werden kann.

Auch die Bestimmungen über die Pachteinigungsämter und deren Verfahren sind mannigfach abgeändert. Die Zuständigkeit der Pachteinigungsämter ist nicht nach Kreisen, sondern nach Amtsgerichtsbezirken abgegrenzt. Neu ist auch die Einführung der Rechtsbeschwerde, welche in Preußen bereits durch Verordnung vom 28. Juli 1921 in die Pachtschutzordnung eingefügt war.

Die Aenderungen in der Sozialversicherung.

Die Leistungen.

Wie mit den Doppelversicherungen so räumt das neue Gesetz auch mit den Doppelleistungen auf. Versicherte, welche in beiden Versicherungen die Wartezeit erfüllt haben, können nunmehr nach den abgeänderten Bestimmungen des Versicherungsgesetzes für Angestellte wie der Reichsversicherungsordnung wählen, ob sie die Invalidenrente aus der Invalidenversicherung oder das Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung beziehen wollen. Desgleichen kann der Versicherte bestimmen, welche Hinterbliebenenrente gezahlt werden soll. Hat der Versicherte selbst keine Wahl getroffen, so können die Hinterbliebenen darüber entscheiden.

Die Leistungen der Angestelltenversicherung sind durch das Gesetz den Leistungen der Invalidenversicherung angepaßt worden. Das jährliche Ruhegeld wird sich nunmehr aus einem Grundbetrag von 720 Mark im Jahr, der in beiden Versicherungen gleich ist, und aus einem Steigerungssatz zusammensetzen. Die Steigerungssätze betragen für jeden Beitragsmonat in Gehaltsklasse 1 5,40 Mk., Klasse 2 10,80 Mk., 3 21,60 Mark, 4 39,60 Mk., 5 61,20 Mk., 6 90 Mk., 7 125 Mk., 8 180 Mk., 9 270 Mk., 10 378 Mk., 11 504 Mk., 12 648 Mk., 13 792 Mk. Für Beitragsmonate vor dem 1. Januar 1923 wird zum Steigerungssatz gerechnet für jeden Beitragsmonat in Gehaltsklasse A 0,55 Mk., B 0,85 Mk., C 1,15 Mk., D 1,50 Mk., E 2 Mk., F 2,50 Mk., G 3 Mk., H 4 Mk., I 5 Mk., K 10 Mk., L 15 Mk., M 30 Mk., N 50 Mk., O 75 Mk., P 100 Mk.

In der Invalidenversicherungsrente werden als Steigerungsbetrag gewährt für jede Beitragswoche in Lohnklasse 1 0,72 Mk., 2 1,44 Mk., 3 2,88 Mk., 4 5 Mk., 5 7,20 Mk. 6 10,80 Mk., 7 14,40 Mk., 8 21,60 Mk., 9 32,40 Mark, 10 43,20 Mk., 11 57,60 Mk., 12 72 Mk., 13 86,40 Mk.

Bei der Invalidenrente kommt zum Grundbetrag ein Reichszuschuß von 50 Mark jährlich. Hierzu treten bei der Angestelltenversicherung als Ergänzung die Steigerungen der Invalidenversicherung für anrechnungsfähige Beitragswochen dieser Versicherung, bei der Invalidenversicherung der Steigerungsbetrag für anrechnungsfähige Beitragswochen der Angestelltenversicherung. Hat der Ruhegeldempfänger Kinder unter 18 Jahren, so erhöht sich das Ruhegeld pro Kind um 960 Mark, wobei elternlose Enkel, deren Unterhalt der Ruhegeldempfänger ganz oder überwiegend bestreitet, den Kindern gleichgestellt werden. Bei der Invalidenversicherung wird die gleiche Erhöhung gewährt, jedoch mit dem Unterschied, daß hier nur Kinder unter 15 Jahren in Betracht kommen.

Die Witwen- und die Witwerrente betragen in der Angestelltenversicherung $^3/_5$ des Ruhegeldes, bei der Invalidenversicherung werden $^4/_{10}$ des Grundbetrages und der Steigerungssätze gewährt. Bei der Invalidenversicherung muß die Witwe invalide sein, wenn sie in den Genuß des Witwengeldes gelangen will, bei der Angestelltenversicherung ist dieses nicht nötig.

Die Waisenrente ist in der Angestelltenversicherung von $^1/_5$ auf $^3/_5$ und für Vollwaisen von $^1/_5$ auf $^4/_5$ der Witwen- oder Witwerrente erhöht worden. Bei der Invalidenversicherung beträgt die Waisenrente nach wie vor die Hälfte der Witwenrente.

Zu all den vorgenannten Bezügen (Ruhegeld, Invaliden-, Witwen-, Witwer- und Waisenrente) tritt als Rentenerhöhung eine Teuerungszulage als Bestandteil der Rente. Sie beträgt bei der Witwenrente 4500 Mark, bei allen anderen Renten 9000 Mark jährlich. Die Teuerungszulage wird nach dem Angestelltenversicherungsgesetz nicht gezahlt, wenn der Versicherte gleichzeitig eine Rente aus der Invalidenversicherung erhält. Bei der Invalidenversicherung werden alle auszuzahlenden Beträge auf volle Mark aufgerundet.

Bruno Gebauer.

Heute

Sonnabend, den 24. März, abends 7 Uhr, in der Aula des städtischen Gymnasiums, am Winterplatz,

Willibald Omankowski:

Vortrag über Bröger, Bartel und andere Arbeiter-Dichter.

Ilse Stapff-Weimar: Rezitationen.

Karten in der „Volksstimme", Am Spendhaus 6, und an der Kasse: Eintritt 50 Mark.

Arbeiter-Bildungsausschuß.

Neue Postgebühren nach Polen.

Mit Wirkung vom 1. April an werden im Gebiet der Freien Stadt Danzig im Verkehr nach Polen (ausschließlich Polnisch-Oberschlesien) die Gebühren für Briefsendungen in folgender Weise festgesetzt: Gewöhnliche Briefe bis 20 Gramm 250 Mark, über 20 bis 100 Gramm 350 Mark, über 100 bis 250 Gramm 450 Mark, über 250 bis 500 Gramm 600 Mark, Postkarten, einfache, 150 Mark, mit Antwortkarte 300 Mark. Drucksachen bis 25 Gramm 30 Mark, über 25 bis 50 Gramm 60 Mark, über 50 bis 100 Gramm 120 Mark, über 100 bis 250 Gramm 260 Mark, über 250 bis 500 Gramm 350 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 450 Mark, über 1 bis 2 Kilogramm 750 Mark. Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens 5 Worten niedergeschrieben sind, 80 Mark. Geschäftspapiere bis 250 Gramm 250 Mark, über 250 bis 500 Gramm 350 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 450 Mark. Warenproben bis 250 Gramm 250 Mark, über 250 bis 500 Gramm 350 Mark. Mischsendungen bis 250 Gramm 250 Mark, über 250 bis 500 Gramm 350 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 450 Mark, zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben (Päckchen) bis 1 Kilogramm 700 Mark.

Die Nebengebühren erfahren zunächst keine Aenderung. Die Gebührenerhöhung tritt ein, weil zum genannten Zeitpunkt in Polen ein neuer Gebührentarif in Kraft tritt und die gegenseitigen, im Wechselverkehr geltenden Gebühren möglichst in Uebereinstimmung gebracht werden müssen.

Unterhaltungsabend der Arbeiterjugend.

Der Verein Arbeiterjugend Danzig veranstaltet am morgigen Sonntag, abends 6 Uhr im Heim, Reiterkaserne, Zimmer 81, einen Bunten Abend. Die Jugend will hier ein Bild aus dem Leben des Vereins geben und mit den Eltern ein paar fröhliche Stunden verleben. Das Programm zerfällt in drei Teilen: „Kampf", „Wandern", „Heim und Rast". Sämtliche Förderer und Freunde der Arbeiterjugend sowie Eltern der Mitglieder werden eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Zehn Postgebote.

Zu einer glatten und raschen Abfertigung an den Postschaltern trägt die Beachtung nachstehender Regeln viel bei:

1. Fertige Aufschriften, Telegramme usw. recht deutlich aus.
2. Wähle für deine Postgeschäfte möglichst nicht die Hauptverkehrsstunden.
3. Tritt an den richtigen, durch Inschriften bezeichneten Schalter von rechts heran.
4. Kaufe Marken, Postkarten usw. nicht in einzelnen Stücken, sondern in deinem Verbrauch angemessenen Mengen.
5. Klebe auf allen freizumachenden Sendungen die Marken vorher auf.
6. Halte das Geld abgezählt bereit. Uebergib größere Mengen Papiergeld stets geordnet. Lege bei gleichzeitiger Ein- oder Auszahlung von drei und mehr Postanweisungs-, Zahlkarten- und Zahlungsanweisungsbeträgen sowie beim Einkauf von drei oder mehr verschiedenen Sorten von Wertzeichen eine aufgerechnete Zusammenstellung der zu zahlenden Beträge vor.
7. Vermeide unnötige Fragen an die Beamten, belehre weniger gewandte Personen und hilf ihnen.
8. Lege gewöhnliche Briefsendungen in den Briefkasten. Briefsendungen in größerer Zahl gib geordnet am Schalter ab.
9. Fördere den bargeldlosen Zahlungsaustausch durch Anschluß an den Postscheck- und Bankverkehr.
10. Benutze bei eigenem stärkeren Verkehr die besonderen Einrichtungen (Posteinlieferungs-Bücher und Verzeichnisse, Selbstvorbereitung von Paketen und Einschreibbriefen).

Der Seehafenverkehr der Woche.

Der Schiffsverkehr hat gegenüber der Vorwoche im Eingang etwas zugenommen, im Ausgang ist der Verkehr sich ungefähr gleich geblieben. Eingegangen sind 17 Schiffe mehr (33) 50. Der Nationalität nach: 26 Deutsche, 3 Danziger, 6 Dänen, 3 Engländer, 2 Franzosen, 4 Norweger, 4 Schweden, 1 Serbe, 1 Memeler. Davon führten mit: 4 Passagiere, 6 Passagiere und Güter, 18 Güter, 3 Kohlen, 1 Ausrüstungsgegenstände (Boote mit Zubehör für den Neubau „Columbus"), 1 Baumwolle, 1 war Rothäfner und 16 waren leer. Ausgegangen sind 45 Schiffe, Vorwoche 43. Davon waren: 29 Deutsche, 1 Amerikaner, 3 Danziger, 6 Dänen, 1 Engländer, 1 Franzose, 1 Grieche, 1 Litte, 2 Norweger. Diese führten mit: 5 Passagiere, 5 Passagiere und Güter, 17 Güter, 11 Holz, davon einige als Beiladung Güter, 2 Gerste, 1 Zucker, 4 waren leer.

Die Einfuhr englischer Kohlen scheint allmählich zuzunehmen. Die Holzausfuhr ist auf derselben Höhe geblieben. Zu erwähnen wäre noch, daß der Hamburger Dampfer „Valencia", Reederei Rob. M. Sloman, von Cartagena, Südamerika (Columbien), mit Früchten und Phosphat über Hamburg hier angekommen ist und im Kaiserhafen seine Ladung teilweise gelöscht hat. Den Rest der Ladung soll das Schiff im Freihezirk löschen und hat bereits dahin verholt. — Die seinerzeit im Eistreiben in der Ostsee vertriebene Heultonne „Fehderort" ist im Laufe der Woche wieder auf ihrer Station ausgelegt worden.

Auch Zoppot will Notgeld herausgeben.

Die gestrige Zoppoter Stadtverordnetenversammlung nahm nach längerer Aussprache über die prekäre Finanzlage der Stadt eine Entschließung an, in der es heißt: „Um die Finanzen der Stadt Zoppot auf eine genügend sichere Grundlage zu stellen, halten wir es für unbedingt erforderlich, daß Zoppot die Genehmigung zur Ausgabe von Notgeld, wie die Stadt Danzig erhält; Zoppot die gleichen Zuschüsse zu seinen Verwaltungskosten wie jeder deutschen Gemeinde gewährt werden und daß das staatliche Steueramt für die Stadt Zoppot von Danzig nach Zoppot verlegt werde." Aus den weiteren Verhandlungen ist zu erwähnen, daß die Hundesteuerordnung den Danziger Sätzen angepaßt wurde. Für Kanalgebühren kommen annähernd 100 Prozent der gegenwärtigen Miete zur Erhebung. Die Müllabfuhrgebührenordnung wurde dahin geändert, daß fortan 65 Prozent der Miete erhoben werden. In einer geheimen Sitzung wurde auch der Verkauf der Ziegelei zur Sprache gebracht. Der Beschluß darüber wurde noch ausgesetzt.

Der Film von dem Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig läuft Sonnabend, Sonntag und Montag in den Hansa-Lichtspielen in Stadtgebiet, Breiter Weg. Auch in der Kindervorstellung am Sonntag nachmittag gelangt der Film zur Vorführung.

Wochenspielplan des Stadttheaters Danzig. Sonntag, den 25. März, abends 7 Uhr (Sonntagspreise): „Der Waffenschmied", komische Oper in 4 Akten. Dichtung und Musik von G. A. Lortzing. — Montag, abends 7 Uhr (D 2), neu einstudiert: „Der kühne Schwimmer", Schwank in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach. — Dienstag, abends 7 Uhr (E 2): „Carmen". — Mittwoch, abends 7 Uhr (A 1): „Tiefland". — Donnerstag, abends 7 Uhr (B 1): „Hans Heiling". — Freitag (Karfreitag) geschlossen. — Sonnabend, abends 6½ Uhr (C 1, ermäßigte Preise): „Wilhelm Tell". — Sonntag (1. Osterfeiertag), abends 7 Uhr (Sonntagspreise), neu einstudiert: „Boccaccio", komische Oper in 3 Akten von F. Zell und Rich. Genée. Musik von Franz von Suppé. — Montag (2. Osterfeiertag), abends 7 Uhr (Sonntagspreise): „Der Rosenkavalier".

Aus aller Welt.

Die Tragödie eines armen Mädchens. Die 21jährige Emma A. wurde vom Schwurgericht in Gießen wegen Kindesmordes zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Das Mädchen hatte keine gute Jugend. Seine Mutter starb, als es 4 Jahre alt war. Der Vater war als Knecht bedienstet und kümmerte sich jedenfalls nicht viel um Pflege und Erziehung seiner Kinder, konnte es vielleicht auch nicht. Im Jahre 1920 ging die A. zu dem Bauern Karl Reutzel in Schwickartshausen in Dienst. Schon nach wenigen Tagen drang der saubere Dienstherr nachts in die nicht verschließbare Kammer des Mädchens ein, um es zum Beischlaf zu verführen. In der Folge pflog R. fast regelmäßigen geschlechtlichen Verkehr mit dem Mädchen. Dabei begünstigte er aber auch den Verkehr des Mädchens mit jungen Burschen, vermutlich, um etwaige Folgen leichter von sich abwälzen zu können. Im vorigen Jahre wurde das Mädchen schwanger und kam Ende Oktober nieder. Vom Kartoffelacker schleppte sich die Schwangere in ihre Kammer, wo sie ein Mädchen gebar. Nichts war auf die Niederkunft vorbereitet, obwohl die „Herrschaft" ohne Zweifel von dem Zustand des Mädchens Kenntnis hatte. Auch der Dienstherr kümmerte sich um nichts, obwohl er sich doch für den Vater des Neugeborenen halten mußte. Nicht einmal die Bäuerin brachte soviel Mitgefühl für die Wöchnerin auf, daß sie ihr etwas Pflege hätte angedeihen lassen. Fast ohne Nahrung ließ man sie liegen! Gleich, nachdem das Kind zur Welt gekommen, tötete es die Mutter durch Erwürgen. Sie behauptet, daß Reutzel ihr dazu die Anweisung gegeben hätte, deshalb wurde auch gegen diesen ein Verfahren wegen Anstiftung zum Mord eingeleitet, allein es mußte wieder eingestellt werden, weil die A. sich in ihren Angaben mehrfach widersprach. Schließlich kam das Mädchen vor Gericht und wurde verurteilt. Der Verführer behauptet, niemals Umgang mit der Angeklagten gehabt zu haben. Jeder aber, der ihn sah, wie er dastand vor dem Richter, während ihm die Angeklagte ins Gesicht schleuderte, daß er sie ins Unglück gestürzt habe, hatte die Ueberzeugung: hier steht ein Schuldiger! Schade, daß ihn die Gerechtigkeit nicht packen.

Ein gefährlicher Beruf. Als eine Anzahl Diebe aus Hecklingen in der Provinz Sachsen von der Ueberlandzentrale Kupferdraht stehlen wollten, wobei sie die Hände zur Handhabung der Säge mit Gummi umwickelt hatten, kam einer derselben durch ein Versehen mit der bloßen Hand an den Draht. Er wurde sofort getötet. Holzarbeiter fanden ihn am Morgen tot mit einem Gurt am Mast hängen, die Säge hatte er noch in der Hand.

Die reichen Verbrecher. Der Raubmörder Kesselschmied Bohne aus Wolfenbüttel, der seinerzeit den Kurhausbesitzer Hanke in Harzburg ermordet hatte, wurde im Zuchthaus Wolfenbüttel mit zwei anderen Zellengenossen überrascht, als er nach Durchfeilen der Eisenstäbe der Gitterfenster einen Fluchtversuch unternahm. Bei den Verbrechern fand man 160 Dollar und schwarze Gesichtsmasken. Von wem das Geld und die Masken in die Hände der Gefangenen gespielt worden sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

Standesamt vom 24. März 1923.

Todesfälle. Arbeiter Friedrich Schönhoff, 20 J. 1 M. — Frau Martha Plehn geb. Britt, 55 J. 7 M. — Tochter des im Felde gefallenen Landsturmmanns Packmeister Gustav Kirstein, 15 J. 9 M. — Sohn des Arbeiters Emil Wichert, 12 Wochen. — Bureauhilfsarbeiterin Ella Mottschall, 19 J. 4 M. — Witwe Anna Kusmierz geb. Klein, fast 82 J. — Tochter des Werkhelfers Hieronimus Preuschhoff, 9 M.

Devisenkurse.

(Festgestellt um 12 Uhr mittags.)

	24. März	28 März
1 Dollar	20 900.—	20 700.—
1 polnische Mark	0.50	0.48½
1 Pfund Sterling	97 750.—	97 150.—
1 holländischer Gulden	8 150.—	8 150.—
1 norwegische Krone	3 740.—	3 742.—
1 dänische Krone	3 980.—	3 959.—
1 schwedische Krone	5 550.—	5 500.—
1 Schweizer Frank	3 830.—	3 815.—

Amtliche Kursnotierungen vom 23. März 1923.

Dollar: Geld 20 862,71, Brief 20 967,29; Polennoten: Geld 4987, Brief 5013; engl. Pfund: Geld 97 687,71, Brief 98 157,29.

Zigarren- und Tabakfabrik
B. Schmidt Nachflg.
Inhaber: Leonhard Mundt
Danzig-Oliva
Schefflerstraße 9 ☎ Telephon Nr. 16

Rähmscher Schnupftabak

Fabriklager in Danzig:
Carl Conrad
Altstädtischer Graben 106

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Sonnabend, den 24. März, abends 7 Uhr:
Dauerkarten C 2. Schauspielpreise.

Glaube und Heimat

Die Tragödie eines Volkes in 3 Akt. von Karl Schönherr.
In Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Merz.
Inspektion: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende 9½ Uhr.

Sonntag, den 25. März, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Sonntagspreise.
„Der Waffenschmied." Komische Oper.

Montag, den 25. März, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 2. Zum 1. Male „Der kühne Schwimmer." Schwank in drei Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.

Flamingo

Bühne und Film
Vornehmes Lichtspielhaus.
Junkergasse 7. Telephon 6910.

Der prächtige Spielplan!

1. Die Faust des Schicksals
Aus dem Leben eines Untersuchungsrichters.
Schauspiel in 6 Akten mit
Grete Reinwald.

2. Kamillas Liebe
Die Geschichte einer großen Liebe

3. Cocl, Seff und die Schwarze Hand
Amerikanisches Lustspiel.

4. An den Dardanellen
Original-Naturaufnahme.

Ein Programm, das Sie wieder **gerne sehen.** 9193

Wilhelm-Theater

Monat März
Allabendlich 7½ Uhr
das Sensationsbild

8 Jahre **In der Fremdenlegion** 8 Jahre

Neu! mit neuer, melodramatischer Schluß-Apotheose Neu!

Friedericus Rex!

Außerdem
das neue Märzprogramm:

??? Kio ???

der Todeswürfel.

Paetzolds komischer Radfahr-Akt
Lachen ohne Ende!

Chitta und Rolf Velten
mondänes Tanzduo.

Vorverkauf bei Gebr. Freymann, Sonntags Theaterkasse 11—1 Uhr

Libelle:
Neues Programm! Neue Kapelle!

Café Derra.

Sonnabend, den 24. März 1923 ab 8 Uhr
Familienkränzchen
der G. V. Anfang 7 Uhr.

Lichtbild-Theater Langenmarkt Nr. 2!

Heute beginnt die Filmaufführung des berühmtesten Romans

Der Graf von Monte Christo

von Alexander Dumas.
5 Kapitel · 28 gewaltige Akte
Erstes Kapitel:
„Das Geheimnis eines Sträflings"
Uebertrifft an Spannung und Sensation alles bisher Dagewesene.
Hierzu ein interessantes u. lustiges Beiprogramm. 9192

Zentral-Theater

Langgasse 31 · Fernsprecher 1052
Vom 23. bis 29. März
Die große Sportwoche in Straßburg
u. a.: Das große Autorennen
Von der Seidenraupe zur Seidenrobe
Interessante Naturbilder
Unser achter Millionenfilm: 9194

Nathan der Weise

6 große Akte
Hauptrollen: Nathan: Werner Krauss
Recha: Bella Mussaty Ferner:
Carl de Vogt, Fritz Greiner, Marg. Kupfer, Lia Eibenschütz
Spieldauer ca. 2 Stunden — Grosser Orchester!!
Besuchen Sie bitte die 4-Uhr-Vorstellung!

Metropol-Lichtspiele

Dominikswall 12. 9191

Neu-Aufführung!

Das Recht der freien Liebe!

Sensationelles Sitten-Drama in 7 gewaltigen Akten mit Colette Corder, Ernst Hofmann, Magnus Stifter, Käte Richter, Bruno Eichgrün und weiteren bedeutenden Darstellern selbst in Nebenrollen.

Der dicke Bill bummelt!

Amerikan. Goldwyn-Komödie in 2 Akten.

Deutsch-Österreichs Alpenparadies!
Herrliche Naturaufnahmen.

Bestgewählte, gediegene Musik.

Maschinentechnische Abendschule
Möller, Danzig Kassubischer Markt Nr. 28.
Am 10. April, ab. 6 Uhr, beg. ein 2., 4. u. 6. Semester.

Seemaschinistenschule.
Am 6. April, ab. 7 Uhr, beg. Kurse für See- u. Flugmaschinisten, Masch.-Assist. u. Vorkurse für das Okt. beginnende 1. Semester. Anmeldung. sofort. 9100

Gedania-Theater

Schönseldamm 53/55 9185

Achtung! Heute! 3 Schlager!!!
1. Der große amerik. Zirkus-Sensations-Film:
„ZIRKUS GRAY"
in 9 Episoden . . . . . 36 Akten.
III. Episode: **Von Feinden umringt!**
in 6 groß. Akt. in der Hauptrolle: **Eddie Polo**
2. **„Der große Dieb"**
Filmspiel in 5 großen, spannenden Akten.
3. **„Freddy's kleine Säge"**
Amerikanische Groteske in 2 Akten.
Stürmischer Lacherfolg!
Eintrittspreise: 800 bis 1500 Mark.
Beginn der ersten Vorstellung 6 Uhr.

Kaufen Sie
Herren-, Jünglings- u. Knabenbekleidung

fertig und nach Maß

nur bei

J. Rosenbaum

Breitgasse Nr. 128/129.

9185

5564

Hersteller: **Urbin-Werke, Chemische Fabrik, G. m. b. H., Danzig,** am Troyl.
Fernsprecher 5305.

Unsere billigen Preise!

Unterrock aus prima Satinette, Prinzessform . . Mk.	19200	**Herren-Nachthemd** mit breiter Blende und Tasche . . . . . Mk.	12000	**Damen-Schürze** Wiener Form, aus Waschstoff mit Paspel . . . . . Mk.	7500
Musselinkleid waschecht, in hübschen, modernen Mustern, Mk.	24500	**Bedruckt Voile** doppelbreit, hell und dunkel gemustert, Meter Mk. 9600,	5760	**Damen-Schürze** Wiener Form, mit farbiger Blende und Tasche . Mk.	9500
Morgenrock aus gutem, gestreift. Stoff . . . . . Mk.	22400	**Frotté** in mod. Mustern, f. Kleider u. Kost., Meter Mk. 14400,	6900	**Damen-Schürze** Wiener Form, aus gemust. Satin, m. breit. Blende, M.	12500
Dirndl-Kleid farbige Chaine gut waschecht, moderner Stoff, Mark M.	12800	**Duvetinehut** eigene Verarbeitung, feste mod. Form, Mk.	29500	**Perkal und Chemise** für Oberhemden und Sportblusen . . Mtr. Mk. 4800,	3840
Waschmusselin gute Ware, in großer Auswahl . . Meter Mk. 2880,	2880	**Duvetinehut** große moderne Form, mit Ledergarnitur, Mk.	33000	**Herren-Oberhemd** weiß, mit Pikee-Einsatz und Manschetten . Mk.	24000
Zephir für Sportblusen und Hauskleider . Meter Mk. 3840,	3200	**Sportglocke** Tagalrand, Ledergarnitur, Kopf- u. Schirmleder, M.	46400	**Handtaschen** schwarz, Leder, mit vernickeltem Bügel . . . Mk.	6750
Damen-Taghemd aus Hemdentuch, mit Stickerei-Ansatz . . Mk.	9500	**Waschflanelle** für Sportblusen, in schönen Mustern Meter Mk. 4800,	4160	**Besuchstaschen** Leder, schwarz und farbig . . . . . Mk.	8500
Damen-Beinkleid aus kräftigem Stoff, mit Stickerei-Volant . . . Mk.	9600	**Herren-Oberhemd** Perkal, mit Kragen und Kappmanschetten, Mk.	19500	**Handtaschen** Lackleder, moderne, große Form . . . Mk.	35000

Sternfeld

DANZIG und LANGFUHR